

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der

44. Sitzung

der

XXII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 23.02.2023

09.03 Uhr – 13.22 Uhr

Tagesordnung

Aktuelle Stunde zum Thema „Wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung“

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 6147)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde zum Thema: „Wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung“

Redner: Robert Hergovich (S. 6148) (S. 6171), Mag.a Regina Petrik (S. 6152) (S. 6173), MMag. Alexander Petschnig (S. 6156) (S. 6175), Markus Ulram (S. 6161) (S. 6174), Géza Molnár (S. 6164), Landeshauptmann Mag. Hans-Peter Doskozil (S. 6167), Johann Tschürtz (S. 6174)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend echte und sofortige Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer (Zahl 22 - 1313) (Beilage 1783)

Begründung der Dringlichkeit: Markus Ulram (S. 6176)

Redner: Géza Molnár (S. 6180), Robert Hergovich (S. 6184), Johann Tschürtz (S. 6184), Dr. Roland Fürst (S. 6186), Patrik Fazekas, BA (S. 6194)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 03 Minuten

Präsidentin Verena Dunst: Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Ich darf Sie seitens des Burgenländischen Landtages zur 44. Landtagssitzung begrüßen.

Auf der Tagesordnung unseres Sonderlandtages steht eine Aktuelle Stunde zum Thema „Wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung“, die auf Verlangen der Landtagsabgeordneten der SPÖ einberufen wurde.

Zusätzlich ist ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten der ÖVP auf Fassung einer Entschließung betreffend echte und sofortige Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer eingelangt.

In dieser Woche, genauer gesagt morgen, jährt sich zum ersten Mal der Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine. Wir haben damals in dieser Sitzung daran gedacht, ein schwarzer Tag für Europa, für den Frieden, vor allem für die Menschen.

Unsagbares Leid ist dadurch über das Land und seine Bewohner gekommen und auch wir haben die Auswirkungen gespürt. Tausende Soldaten, Zivilisten, Kinder sind ums Leben gekommen und ich darf Sie, Hoher Landtag, gerade deswegen immer wieder ersuchen, dass wir uns alle für den Frieden weiter einsetzen. Demokratie und Frieden müssen unsere oberste Prämisse sein.

Zusätzlich hat das Erdbeben in der Türkei und Syrien schwere Spuren der Verwüstung gezogen. Fast 50.000 Menschen wurden getötet, es war das schlimmste Erdbeben seit 28 Jahren.

Ich denke, es ist angebracht, dass wir uns zu einer Schweigeminute erheben, und ich darf Sie darum bitten. *(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)* -

Präsidentin Verena Dunst *(fortsetzend nachdem alle Anwesenden ihre Plätze wieder eingenommen haben):* Wie immer dürfen wir einen besonderen Gruß an die Zuseherinnen und Zuseher, die die heutige Sitzung via Live-Stream mitverfolgen, richten.

Natürlich ein Danke auch an die Gebärdendolmetscherinnen, die heute die Sitzung begleiten.

Meine Damen und Herren! Damit darf ich offiziell die 44. Sitzung des Burgenländischen Landtages eröffnen.

Diese Sitzung habe ich - bereits vorher schon ausgesprochen - aufgrund eines der Landtagsabgeordneten Klubobmann Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Elisabeth Böhm, Killian Brandstätter, Mag. Christian Dax, meine Wenigkeit, Dr. Roland Fürst, Gerhard Hutter, Roman Kainrath, Mag. Kurt Maczek, Dieter Posch, Erwin Preiner, Doris Prohaska, Claudia Schlager, Ing. Thomas Schmid, Ewald Schneckner, Wolfgang Sodl, Rita Stenger, BEd sowie Elisabeth Trummer gemäß § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens fristgerecht einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die amtliche Verhandlungsschrift der 43. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben beziehungsweise ihr Fernbleiben hat Herr Abgeordneter Ewald Schneckner zu Beginn der heutigen Sitzung und Frau Abgeordnete DI Julia Wagenristl für die gesamte Landtagssitzung entschuldigt.

Die Bekanntgabe des Einlaufes sowie die Zuweisung wurden Ihnen gemäß § 56 Abs. 3a GeOLT mittels digitalem Versand und als Aushang zur Kenntnis gebracht. Ebenso ist wie immer eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages erfolgt. Ich darf an dieser Stelle eben bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen auf diese verteilte Mitteilung hinweisen.

Ich darf neuerlich darauf hinweisen, dass auch ein Dringlichkeitsantrag für die heutige Sitzung eingelangt ist. Dies ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend echte und sofortige Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer, Zahl 22 - 1313, Beilage 1783, der gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in der Tagesordnung, spätestens jedoch um 15.00 Uhr, zu behandeln ist.

Meine Damen und Herren! Wie ich vorher schon gesagt habe, ist die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet worden und ist unverändert geblieben.

Gibt es trotzdem einen Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich gleich weiterfortfahren und in die Tagesordnung eingehen.

1. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung“

Präsidentin Verena Dunst: Wir kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung“, die vom SPÖ-Landtagsklub beantragt wurde.

Bevor ich in die Aktuelle Stunde übergehe, möchte ich noch kurz auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen.

Sodann ist je einem Sprecher der anderen Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Aber Sie kennen die Bestimmungen: Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls habe ich dann die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf 5 Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengezählt 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf 5 Minuten beschränkt. Außerdem darf ich Sie aufmerksam machen, dass sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden darf. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Auch möchte ich darauf aufmerksam machen - auch wenn es viele wissen - dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können.

Ebenso, meine Damen und Herren, mein Hinweis darauf, dass die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendungen finden. Das heißt, eine Wortmeldung bei der Aktuellen Stunde zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Meine Damen und Herren! Damit können wir in die Aktuelle Stunde schon einschreiten.

Als erstem Redner darf ich den Herrn Klubobmann Abgeordneten Robert Hergovich das Wort erteilen.

Ihre Redezeit, Herr Klubobmann, 15 Minuten.

Bitte Sie sind am Wort.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Geschätzte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Burgenländischen Landtages! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Menschen, auch im Burgenland, durchleben im Moment eine sehr schwierige Zeit, weil die Teuerung völlig durchschlägt in fast allen Lebensbereichen.

Es ist also die Zeit für die Politik, Verantwortung zu tragen.

Es ist Zeit der verantwortungsvollen Politik.

Es ist die Zeit der politischen Reife, so möchte ich es fast formulieren.

Wir sind im Moment in Österreich mit einer Inflation von 11,5 Prozent befasst. Das ist die höchste Teuerung seit über 70 Jahren. Das gab es in den letzten 70 Jahren noch nie. Viele meiner Generationen und anderen Generationen sind solche Teuerungsraten nicht gewohnt.

Viele Menschen können sich das Leben auch nicht mehr leisten. Es geht sich kaum oder nicht mehr aus.

Die Teuerung galoppiert dem Einkommen davon und die Maßnahmen, die von der Bundesregierung gesetzt wurden, sind leider wirkungslos oder kommen nicht dementsprechend an, zumindest spüren es die Menschen nicht.

Glauben Sie mir, ich würde mir etwas Anderes wünschen, aber die Menschen, oder die Maßnahmen der Bundesregierung kommen bei den Menschen nicht an.

Und in dieser Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es keine Wohltat, sondern es ist Verpflichtung der Politik, den Menschen in dieser Situation zu helfen. Und diese Verpflichtung, die hat die Burgenländische Landesregierung, an der Spitze mit dem Herrn Landeshauptmann, auch wahrgenommen.

Die Burgenländische Landesregierung hat drei Entlastungspakete geschnürt.

Das erste Entlastungspaket unmittelbar zu Beginn der Teuerung. Als die Teuerung vakant wurde, hat die Burgenländische Landesregierung sofort reagiert und das Paket 1 auf Schiene gebracht.

Das Paket 1, ich erinnere, war die Erhöhung des Heizkostenzuschusses von 165 auf 700 Euro, es war der Antiteuerungs-Bonus für jene Menschen, die nicht in den Genuss des Heizkostenzuschusses kommen konnten, aufgrund ihres Einkommens - auch hier war eine Förderung bis zu 700 Euro möglich - und die Erhöhung der Wohnbeihilfe um 67 Prozent.

All diese Maßnahmen kosten dem Land 5,4 Millionen Euro. Diese 5,4 Millionen Euro wurden bereits ausbezahlt und haben rasch und schnell den Menschen geholfen.

Dann gab es Paket 2, der Wärmepreisdeckel, der bis in den Mittelstand reichte. Bis zu einem Einkommen von 63.000 Euro netto im Jahr kann man hier diesen Wärmepreisdeckel auch in Anspruch nehmen. Also, wenn man so will, das Paket 2 hat bis in den Mittelstand unterstützt und gewirkt.

Und jetzt, jetzt gibt es das Paket 3, das vor wenigen Tagen vorgestellt wurde, mit dem Einfrieren der Mieten und mit einem neuen, günstigeren Stromtarif der Burgenland Energie.

Und ich glaube, das sind Maßnahmen, die tatsächlich den Menschen in dieser schwierigen Situation helfen und wirken. Und ich möchte auch auf die eine oder andere Maßnahme speziell eingehen.

Während die Bundesregierung darüber diskutiert, ob man und wie man Mieten einfrieren könnte, wurde das im Burgenland erledigt. Mieterhöhungen wurden verhindert und die Menschen profitieren schon jetzt davon. Sie wissen, die Mieten sind aufgrund variabler Zinsentwicklungen deutlich angestiegen. Bis zu 20 Prozent.

Der Landeshauptmann hat gemeinsam mit dem Landesrat Dorner und den Genossenschaften eine Lösung erzielt, die sich sehen lassen kann. Die Mieten werden mit Stand Dezember 2022 eingefroren und auf zwei Jahre hin entwickelt eingefroren, rückwirkend mit 1.1.2023. Es ist dazu kein Ansuchen notwendig, das wird automatisch über die Genossenschaften abgewickelt.

Das Land zahlt die Zinssteigerung, das ist ein Kraftakt von zehn Millionen Euro, auch die Genossenschaften beteiligen sich dabei. Aber all unsere Maßnahmen, all unsere Politik, die wirken sich auf die Menschen aus. Und die Frage ist: Wie wirkt diese Maßnahme auf die Menschen? Und ich kann Ihnen von einer Begegnung erzählen:

Christina, eine alleinerziehende Mutter, profitiert mit ihrem Kind davon, nämlich die Genossenschaften haben ihr 150 Euro mehr vorgeschrieben pro Monat, also einen Betrag von 1.800 Euro im Jahr. Sie profitiert für die beiden Jahre sage und schreibe mit 3.600 Euro. Eine alleinerziehende Mutter erspart sich mit dieser Maßnahme 3.600 Euro in dieser Zeit. Sehr wirkungsvoll und sehr wichtig.

Außerdem verzichtet das Land auf die Steigerungsbeträge der Wohnbauförderungsdarlehen. Auch das ganz wesentlich und wichtig. Wie profitieren die Menschen davon? Eine Familie aus St. Margarethen, Kathrin und ihr Mann und ihr Kind profitieren davon im Jahr 2023 mit 715 Euro. Auch hier eine Maßnahme, die direkt bei den Menschen wirkt, hilft und nützt.

Auch der günstige Stromtarif der Burgenland Energie, der mit 1. April zur Geltung kommt, hilft und wirkt. Es gibt also einen neuen günstigeren Fixtarif, den man auf zwölf Monate abschließen kann. 9,99 Cent für die Kilowattstunde für das Gas beziehungsweise 23 Cent für Strom - beides natürlich Nettobeträge - werden hier vorgesehen.

Es bedeutet, Gas und Strom wird um ein Drittel billiger im Burgenland. Um ein Drittel billiger im Burgenland! Auch das eine Maßnahme, die direkt bei den Menschen ankommt und hilft. Aber auch die Planbarkeit ist damit gegeben, zumindest für ein Jahr.

Wir helfen damit den Haushalten, wir helfen damit den Betrieben, den Gemeinden und den Vereinen.

Außerdem gewährt die Burgenland Energie eine Rabattierung von 36 Prozent und geht damit auch an das Limit. Wie wirkt sich das aus auf eine Familie beispielsweise in Mattersburg? Sie hat eine Ersparnis von über 1.000 Euro im Jahr 2023. Auch hier eine Maßnahme, die wirklich hilft und wirkt.

Das Burgenland hat also alle Spielräume ausgenutzt. Das Land mit drei Förderungspaketen, die helfen.

Die Burgenland Energie mit einer 36-prozentigen Rabattierung und mit einem neuen Fixtarif Strom und Gas, und auch mit den Genossenschaften, wo das Land eine Lösung erzielt hat, nämlich das Einfrieren der Mieten auf zwei Jahre, das deutlich Menschen hilft.

Das ist einzigartig in Österreich. Das ist einzigartig, wenn man sich auch die Bundesländer ansieht. Es gibt kein einziges Bundesland in Österreich, das derartige Maßnahmen gesetzt hat.

Ich sage aber auch dazu, wir kompensieren damit die Untätigkeit und auch die Fehlentscheidungen der Bundesregierung. Das wäre alles nicht notwendig, würde die Bundesregierung ihre Hausaufgaben machen und helfen, wie beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland.

Hinzu kommt - das ist eine große Kraftanstrengung für unser Heimatland Burgenland - aber hinzukommt, dass die Bundesregierung einen unfreundlichen Akt gesetzt hat.

Ich erinnere, der Landeshauptmann wollte die Gewinne auf PV und Windkraft höher besteuern und wollte diese Einnahmen 1:1 an die Burgenländerinnen und Burgenländer weitergeben.

Das ist jetzt nicht mehr möglich, weil ÖVP und GRÜNE dafür gesorgt haben, dass die Übergewinnsteuer - 40 Millionen Euro - vom Burgenland nach Wien wandern. Und dieses Geld fehlt uns.

Dieses Geld fehlt uns massiv, denn dieses Geld wurde bis jetzt dafür eingesetzt, dass beispielsweise Strom und Gas billiger waren als in anderen Bundesländern und dass direkte Fördermöglichkeiten nicht mehr gegeben sind.

ÖVP und GRÜNE sind also verantwortlich, dass es keine Preissenkungen mehr wie im letzten Jahr gibt.

Und in dieser Situation - bei einer Teuerung von 11,5 Prozent - das Heizen und das Tanken teurer zu machen - mit einer neuen Massensteuer, mit der neuen CO₂-Steuer - ist für mich nicht erklärbar. Die energieintensive Industrie noch auszunehmen. Für mich völlig sinnbefreit.

Ich verstehe es nicht. Das verschärft die Situation für Menschen. Das ist nicht gut. Das ist eine Maßnahme, die wirklich abgeschafft werden müsste.

Der Bund muss auch endlich wirksame Maßnahmen setzen. Ich bestreite nicht, dass der Bund viel Geld in die Hand nimmt. Das bestreite ich nicht. Der Bund nimmt sehr, sehr viel Geld in die Hand. Nur die Maßnahmen wirken nicht und kommen bei den Menschen nicht an.

Es sind immer die Gleichen, die davon profitieren. Es sind die großen Konzerne und großen Betriebe, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Millionäre.*) aber das war es dann. Der Mittelstand, die kleinen Betriebe und die Haushalte haben nichts davon.

Und derweilen wäre es gar nicht so schwer. Man müsste einfach nur, beispielsweise so wie Deutschland, eine Gas- und eine Strompreislöscher einführen und die würde wirken in allen Bereichen. Dann müssten auch die Länder nicht eigene Pakete schnüren, wenn der Bund das von sich machen sollte.

Hinzu sei erwähnt, dass der Finanzminister, dass der Bund, Rekorderlöcher durch die Teuerung erzielt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das Land auch.*) Noch nie in der Geschichte der Republik Österreich hat eine Bundesregierung so viele Steuereinkünfte lukriert wie diese schwarz-grüne Bundesregierung.

Das Geld ist also im Überfluss da. Eine Lösung wie in Deutschland wäre also locker finanzierbar. Aber sie macht es nicht! Und das zum Leidwesen der Österreicherinnen und Österreicher, der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Ja, 53 Millionen Euro ist viel Geld. 53,6 Millionen Euro für den Wärmepreisdeckel und das Einfrieren der Mieten ist viel Geld.

Hinzu kommt, dass ÖVP und GRÜNE uns 40 Millionen Euro wegnehmen aus dem Burgenland. Da wäre es natürlich viel einfacher, dieses Budget zu haben, daher ist dieser Nachtragsvoranschlag auch notwendig und wichtig. Die Finanzierung ist Gott sei Dank möglich.

Die 53,6 Millionen Euro sind eine Kraftanstrengung, weil natürlich der Bund hier auslöst. Es wäre die Aufgabe des Bundes, diese Maßnahmen umzusetzen. Wir springen ja nur für den Bund ein, weil er es ja nicht schafft, so wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland. Da müssen das die Länder nicht machen, da macht das der Bund.

Es sind ausreichend Rücklagen vorhanden, das zeigt auch der letzte Rechnungshofbericht, der ja gezeigt hat, wieviel an Rücklagen wir haben. Daher ist das gut und wichtig, dass auch die Finanzen derart stabil und gut sind.

Wir haben natürlich Rekorderlöcher für den Bund. Fairerweise muss man dazu sagen, dass auch die Länder und die Gemeinden davon profitieren. Auch hier wird es Mehreinkünfte für das Burgenland geben, die dafür genutzt werden.

Es ist auch die umsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre, (*Heiterkeit des Abg. Mag. Thomas Steiner*) die diesen Spielraum ermöglicht. Würde der Bund uns nicht diese 40 Millionen Euro wegnehmen, wäre es noch deutlich einfacher und wäre es noch viel simpler.

Das ist viel Geld, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und daher ist es notwendig, dass der Landtag damit konfrontiert und befasst wird.

Wir wollen transparent und wir wollen sichtbar diese Maßnahmen diskutieren und auch beschließen. 53,6 Millionen Euro, damit die Menschen nicht im Winter frieren, nicht auf 18, sondern auf 21 Grad heizen können, und damit viele Menschen ihre Wohnungen nicht verlieren.

Genau deshalb machen wir diese Maßnahmen. Deshalb nehmen wir diese 53,6 Millionen Euro zusätzlich in die Hand. (*Beifall bei der SPÖ*)

Zusammenfassend: Das Land setzt mit drei Entlastungspaketen wirkliche Maßnahmen, die wirken für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Wir helfen damit den Haushalten. Wir helfen damit den Betrieben, den Gemeinden und den Vereinen.

Der Bund setzt leider keine wirkungsvollen Maßnahmen, wie beispielsweise in Deutschland. Sie verschärft die Situation noch mit der CO₂-Steuer, das das Tanken und das Heizen teurer macht, und sie zieht 40 Millionen aus dem Burgenland in Form der Übergewinnsteuer ab, was besonders schwierig für uns macht, die Maßnahmen weiter günstig zu halten.

Ich sage ganz offen, 53,6 Millionen Euro sind nicht einfach, es ist auch nicht angenehm, es ist aber notwendig, weil es um die Burgenländerinnen und Burgenländer geht.

Und daher bin ich schon neugierig, wer beim Beschluss am 2. März auch für die Burgenländerinnen und Burgenländer einsteht und diesem Beschluss auch zustimmt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke. Ich darf nunmehr die Frau Klubobfrau Mag.a Regina Petrik als nächste Rednerin herausbitten.

In Vorbereitung ist der Herr Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Verehrte Kolleginnen und Kollegen im Saal, Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und zu Hause an den Bildschirmen! Am 16. Feber hat unser Herr Landeshauptmann im Bundesrat eine Rede gehalten. Dabei sprach er von gegenseitigem Achten, vom gegenseitigen Respektieren, bei aller Unterschiedlichkeit in den einzelnen Themen.

Er sprach davon, dass die Politik Vorbild für die Bevölkerung sei. Ja, habe ich mir genau angehört. *(Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö)* Was wir im Burgenland aber machen, auch das sagte der Herr Landeshauptmann, ist nicht einfach auf andere Bundesländer umzulegen. Und jetzt zitiere ich: „Es ist wichtig, sich mit Respekt zu begegnen.“

Diesen Respekt lässt die SPÖ aber bereits im Antrag zur Abhaltung dieser Aktuellen Stunde selbst vermissen, weil sie verleugnet darin, dass die Bundesregierung ebenso wie die Landesregierung auf ihrer Ebene Antiteuerungsmaßnahmen setzt und sie behauptet sogar, dass im Bereich der Wärmeversorgung die Bundesregierung die Bevölkerung im Stich lasse.

Das ist schlichtweg eine Tatsache, ich darf das korrekte Wort dafür nicht aussprechen, weil die Frau Landtagspräsidentin erlaubt es nicht, *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Unwahrheit.)* aber was das richtige Wort dafür ist, wenn man etwas behauptet, was nicht stimmt, wissen wir alle.

Denn die Bundesregierung nimmt sehr viel Geld in die Hand, das sie auch den Ländern zur Verfügung stellt. Was im Burgenland ausgeteilt wird, kommt zum Teil vom Bund. Die SPÖ behauptet, da gäbe es nichts. Heute hatten wir erstmals ein kleines Zugeständnis, ja, da bekommen wir auch etwas ins Land. Aber vorher wird behauptet, da wird überhaupt nichts getan und es wird was weggenommen.

Respektvoll ist so eine Art der Kommunikation nicht.

Weil es also die SPÖ noch immer nicht weiß oder bewusst verschweigen will, schauen wir noch einmal, was ist denn Tatsache, was sind denn die Antiteuerungsmaßnahmen der Bundesregierung?

Da gibt es etwa, das haben Sie bis jetzt verschwiegen oder noch immer nicht wahrgenommen, die Maßnahme gegen die Armutsgefährdung. Es gab den

Teuerungsausgleich eins und zwei beim Arbeitslosengeld, bei der Notstandshilfe, bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung und den Sozialhilfen, bei der Studienbeihilfe. Das sind bis zu 300 Euro für die Betroffenen.

Der Herr Kollege Hergovich meint, das kommt ja nicht an. Das kommt direkt an und zwar bei denen, die es brauchen. *(Abg. Johann Tschürtz: 500 Euro für die Asylanten, für „Häfnbrüder“ kommen auch super an.)*

Es gibt den Teuerungsausgleich zwei bei der REHA, Kranken- und Umschulungsgeld von 150 Euro direkt für die Menschen.

Es gab beim Teuerungsausgleich drei, beim Arbeitslosengeld, bei der Notstandshilfe, bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung, *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Und die CO2-Steuer, die gibt es auch.)* bei der Studienbeihilfe und bei etlichen anderen Maßnahmen der Sozialhilfe, 300 Euro.

Dann wurde der Wohnschirm ausgeweitet. Der Wohnschirm, der Menschen vor Delogierung schützt. Das ist eine Maßnahme des Sozialministeriums und da geht es auch um die Bekämpfung der aktuellen, der akuten Energiearmut. Dafür werden von der Bundesregierung 50 Millionen Euro bereitgestellt. Das betrifft überhaupt nur die Ärmsten, die vor einer Delogierung stehen.

Neu ist auch die jährliche Valorisierung der Sozialleistungen. Das betrifft Umschulungsgeld, Krankengeld, Studien-, Schüler*innenbeihilfe, et cetera. Jährlich werden diese Sozialleistungen also automatisch an die Inflation angepasst und entsprechend erhöht. Dafür werden in Summe allein für das Jahr 2023 350 Millionen Euro bereitgestellt.

Dann gibt es die befristete Senkung der Energieabgaben bis Ende Juni 2023. Natürlich spürt man das sofort, wenn man etwas nicht mehr zahlen muss, was man vorher zahlen musste *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Die CO2-Steuer ist aber keine Senkung, oder?)* und die Erhöhung der Pendlerpauschale. In Summe gibt die Bundesregierung 650 Millionen Euro dafür aus.

Hinzuweisen ist auch auf die Maßnahme für Familien - speziell jetzt noch einmal für einkommensarme Familien mit der Erhöhung des Kindermehrbetrages. Dann gab es letzten Sommer die Sonderfamilienbeihilfe von 180 Euro je Kind. Darauf folgt nun die Valorisierung der Familienleistungen ab 2024.

Die Erhöhung der Pensionen 2023 steht auch im Zeichen der Antiteuerung. Mit einem Aufkommen in Summe von rund vier Milliarden Euro. Dahin einher geht auch die Erhöhung der Ausgleichszulage von 1.030 Euro auf 1.110 Euro im Monat und zusätzlich gibt es eine Einmalzahlung im März. Das kommt an. Das kommt direkt an und es kommt dort an, wo Menschen mit ganz geringen Pensionen über die Runden kommen müssen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann gibt es eine Reihe von Steuerentlastungen im Bereich der Einkommenssteuer und in Zusammenhang mit der ökosozialen Steuerreform. Für die unteren Einkommensschichten wurde der Sozialversicherungsbonus erhöht. Das hat also eine Wirkung auf die Negativsteuer. Da bekommt man dann am Schluss vom Finanzamt mehr zurück. Das betrifft auch den Pensionsabsetzbetrag um bis zu 250 Euro. All das gilt rückwirkend ab 2021 für Arbeitnehmer*innen und Pensionist*innen. Das gilt für die SPÖ offensichtlich nicht.

Ich zähle jetzt nicht alle Maßnahmen in diesem Bereich auf und will speziell auf den Teuerungsabzugsbetrag für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hinweisen. Weil da

geht es um 500 Euro bei Einkommen zwischen 1.100 und 1.800 Euro im Monat. Das sind nicht die höchsten Einkommen. Das sind die Niedrigeinkommen.

Der wird für die Arbeitnehmer*innenveranlagung für 2022 jetzt im Frühjahr 2023 wirksam. Dann spürt man es ganz konkret am Konto, diejenigen, die wenig verdienen. Nicht zu vergessen, die Abschaffung der kalten Progression. Die beläuft sich auf 1,83 Milliarden Euro Aufwand. Weitergeführt wird natürlich der Klimabonus, der unumgängliche Mehrbelastungen, die durch die CO₂-Abgabe entstehen, ausgleichen soll beziehungsweise zu einem bewussteren Alltagsverhalten motivieren soll, weil dann eben mehr vom Klimabonus übrigbleibt.

Dann zahlt der Bund 450 Millionen Euro an zusätzlichen finanziellen Mittel für die Länder aus, damit diese ihre Heizkosten-, Energiekostenzuschüsse, ihren Energiepreisdeckel oder Wärmepreisdeckel, wie er im Burgenland genannt wird, ausbezahlen können. Das beläuft sich für das Burgenland, ich habe das gestern noch ausrechnen lassen, auf circa 15 Millionen Euro.

Das einzige, da wird das Gesetz im Nationalrat beschlossen. Es muss ja im Nationalrat für alle diese Ausgaben immer ein Extragesetz beschlossen werden. Das ist bei uns ja nicht der Fall. Aber, in diesem Gesetz steht auch ganz deutlich die Höhe und auch der Aufteilungsschlüssel.

Das kann man alles nachvollziehen, ist ganz transparent. Das einzige, das Sie bereit sind zu nennen, ist die Strompreisbremse. Wobei Sie dann das manchmal auch wieder verschweigen, aber das geht dann doch nicht ganz zu verschweigen, denn das haben die Menschen auch schon auf ihren Stromrechnungen gesehen, die ab 1. Dezember 2022 bereits wirksam ist.

Für jeden Privathaushalt ist damit der Strompreis für einen Verbrauch bis zu 2.900 Kilowattstunden mit zehn Cent je Kilowattstunde gedeckelt. Da braucht das Land noch gar nichts dafür tun und ausgeben. Auch, wenn Sie hier stehen und behaupten, die Strompreisbremse wird vom Land finanziert. Also, bis zu diesem Verbrauch wird es vom Bund finanziert.

Privathaushalte mit mehr als drei Personen können dann noch zusätzlich ein Kontingent beantragen. Das gilt jedenfalls bis Juni 2024. Diese Strompreisbremse bringt eine durchschnittliche Entlastung von 500 Euro pro Haushalt. Diese Entlastung im Rahmen der Antiteuerungsmaßnahmen wird dem Bund 2023 rund zwei Milliarden Euro kosten.

Einkommensschwache Haushalte, jetzt sind wir wieder bei jenen, die Sie meinen, im Blick zu haben, aber immer glauben, da kommt von der Bundesregierung nichts. Schauen Sie hin, was hier alles kommt. Einkommensschwache Haushalte, nämlich jene, die vom Ökostrombeitrag befreit sind beziehungsweise von den GIS-Gebühren befreit sind, die erhalten zusätzlich einen Abschlag von 75 Prozent der Netzkosten. Wir haben hier also eine soziale Maßnahme für Menschen mit ganz wenig Haushaltseinkommen.

Die Antiteuerungsmaßnahmen der Bundesregierung belaufen sich für das Jahr 2023 auf rund 9,9 Milliarden Euro. Die SPÖ jammert: „Die Bundesregierung tut nichts! Es kommt nichts an!“ Das einzige, was Sie permanent nennen, das ist Ihr Wunsch nach der Art der Gaspreisstützung, den Sie im Bund eben nicht durchsetzen. Deswegen sagen Sie, alles ist schlecht, es wird nichts gemacht! Also, in diesem Fall gibt es eine Differenz. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die türkis-grüne-Bundesregierung tut sehr viel und es ist gut, dass jedes Bundesland auch selbst etwas dazu tut, die Teuerung, die die Inflation den Menschen

beschert, durch eigene Maßnahmen abzufedern. Im Burgenland gibt es dazu Maßnahmen. Die SPÖ zählt das auf. Das wird hier gut präsentiert. Ich will das gar nicht schlechtreden, so, wie Sie das mit den Maßnahmen mit dem Bund machen. Ich habe da ein bisschen mehr Respekt davor.

Die Liste der Maßnahmen wurde medial auch schon mehrfach verlautbart. Was noch fehlt ist die Transparenz darüber, wie denn diese neuen Ausgaben finanziert werden. Ich bin schon gespannt, was hier heute seitens der SPÖ noch erläutert wird.

Wird es mehr Aufklärung darüber geben, vielleicht vom Herrn Landeshauptmann, wie die verschiedenen Maßnahmen der Landesregierung genau finanziert werden? Woher kommt denn das Geld oder wird das weiterhin intransparent bleiben?

In der Regierungsvorlage, die unter „Nachtragsvoranschlag“ läuft, können wir nur lesen, was die Maßnahmen kosten. Ausgabenseitig, also was am Landesbudget 2023 aus-, einnahmenseitig geändert wird. Woher, aus welchen Quellen all diese Gelder kommen, das ist hier noch nicht dargestellt.

Die medial angekündigten Einnahmen aus Überschüssen aus den Gesellschaften der Landesholding Burgenland wurden noch immer nicht in Zahlen gegossen. In welchen Gesellschaften werden denn Überschüsse gemacht oder erwartet und welcher Anteil daran wird in das Landesbudget fließen? Das wird nicht mitgeteilt. Das bleibt intransparent.

Auf der Webseite der Burgenland Energie können wir auch noch keine wesentlichen Änderungen wahrnehmen, die mehr Transparenz in die Sache bringen würden. Was wir wissen, sind zusätzliche Mittel aus dem Bund, damit die Länder ihre Energiekostenzuschüsse, also das, was im Burgenland Wärmepreisdeckel genannt wird, auch mitfinanzieren können.

Die Bundesregierung schüttet dafür an die 500 Millionen Euro aus. Jetzt frage ich mich, warum verlangt die SPÖ acht Tage vor einem regulären Sitzungstermin eine Sondersitzung des Landtages? *(Ein Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Warum, wohl!)*

Wie man es dreht und wendet, man kommt nicht darum herum, dieses Verlangen der SPÖ als deren Wunsch für ihre Oppositionspolitik gegen die Bundesregierung zu sehen, eine Bühne zu schaffen. Hier können wieder einmal Halbwahrheiten und falsche Aussagen verbreitet werden. *(Ein Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Oh!)*

Hier können Inhalte, die bereits in Medienterminen, Presseaussendungen und Social-Media-Postings verlautet wurden, erneut mit medialer Aufmerksamkeit verlautet werden. Man hat den Eindruck, die SPÖ befindet sich im Wahlkampf, wie sie agiert. Nur, es ist gar keine Wahl in Aussicht.

Ich weiß schon, der Kollege Fürst hat schon auf Twitter vor einem Jahr verkündet „2022 wird es Neuwahlen geben!“ und er arbeitet darauf hin, das sei sein großes Ziel. Das ist ihm nicht gelungen. *(Abg. Dr. Roland Fürst: Wir haben 2023 eine Wahl! – Abg. Gerhard Bachmann: Landwirtschaftskammerwahl.)* Die Bundesregierung arbeitet in ihrer Verantwortung einfach weiter. Also, es ist keine Wahl für Burgenländerinnen und Burgenländer in Sicht.

Vielleicht handelt es sich ja um einen parteiinternen Wahlkampf, Vorwahlen oder so, ich weiß es nicht. Man nennt es natürlich nicht so. Wenn die Landtagswahlen in Kärnten und in Salzburg vorbei sind, werden wir da weitersehen. Was der Herr Landeshauptmann Peter Kaiser aus Kärnten zur Frage der SPÖ-Spitze sagt, will ich hier

nicht weiter ausführen, denn man kennt sich ohnehin vorne und hinten nicht aus. Also, da ist schon noch *(Abg. Ilse Benkö: Wie bei den GRÜNEN!)* einiges im Busch.

Bei den GRÜNEN sind wir in einem sehr guten Einvernehmen im Team zwischen dem Parlamentsklub und der Bundesregierung. Vor allem gegenüber unseren eigenen Mitgliedern in der Bundesregierung und auch die Länder halten hier sehr gut zusammen. *(Abg. Gerhard Bachmann: Da kannst einen Spritzer kaufen. - Abg. MMag. Alexander Petschnig: Man sieht es.)*

Ich komme zum Schluss: Maßnahmen zum Ausgleich der Teuerung zu setzen, ist in Ordnung. Die fehlende Transparenz und die Performance, die die Landesregierung dazu liefert, ist es meiner Meinung nach nicht.

Es ist in Ordnung, die eigenen Leistungen als Landesregierung darzustellen. Die Leistungen anderer einfach zu verleugnen oder permanent schlecht zu machen, ist nicht in Ordnung und zeigt einen Mangel an Respekt anderen gegenüber. *(Ein Zwischenruf des Abgeordneten Géza Molnár.)*

Den Burgenländerinnen und Burgenländern ist am meisten geholfen, wenn die Ebenen mit ihren Hilfen einander gut ergänzen. Dauerwahlkampf bringt kein leichteres Leben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN – Ein Zwischenruf des Abg. Johann Tschürtz.)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön. Herr Abgeordneter MMag. Petschnig, ich bitte um Ihre Ausführungen. Danach spricht der Herr Klubobmann Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): *(Das Rednerpult lässt sich in der Höhe nicht einstellen.)* Na, falsch. Geht nichts! Ich glaube, das wird auch nichts mehr helfen, *(Abg. Johann Tschürtz: Ist beim Pult noch immer nichts gemacht worden?)* weil hier offensichtlich Ersatzteile fehlen, um das Pult zu reparieren.

Sehr geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Wir haben uns heute zu einer Aktuellen Stunde, einberufen von der SPÖ, zusammengefunden.

Aus meiner Sicht ein bisschen obskur, warum man das genau heute macht, ist bereits von meiner Vorrednerin angesprochen worden. Zu Maßnahmen, rund um die Teuerung: grundsätzlich ein wichtiges Thema, keine Frage, aber schauen wir uns das einmal genauer an, was denn hier tatsächlich gemacht wurde und was denn hier an Maßnahmen tatsächlich beworben werden soll. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum einem, eingangs, wir hatten ja eine Schweigeminute für die Erdbebenopfer - keine Frage - und haben da selbstverständlich mitgemacht - unsere Gedanken sind natürlich bei den Betroffenen. Es ist aber, um jetzt den Bogen zum Begleittext dieser Aktuellen Stunde zu schlagen, schon interessant, dass die SPÖ heute zum ersten Mal und gleich im ersten Absatz zugibt, dass der Krieg, die Sanktionen maßgeblich die Teuerung befeuern.

Das ist für mich einmal ein Quantensprung in der Wahrnehmung der SPÖ. Insbesondere, nachdem unser Landeshauptmann ja bekannter, erklärter Ukraine-Fan und erklärter Fan der Sanktionen gegen Russland ist.

Erinnern Sie sich an die unangemessene und parteiergreifende Enquete, die die SPÖ hier im Hohen Haus, hier im Landtag, vom Zaun gebrochen hat und eine Bühne für

ukrainische Propaganda geboten hat, die allenfalls für Kopfschütteln gesorgt hat und für höhere Preise, aber nicht für mehr.

Darüber hinaus geht es um ein Sammelsurium an Maßnahmen und Beschlüssen. Der Text, den die SPÖ hier veröffentlicht hat, ist relativ umfangreich. Manche davon, insbesondere die kleineren, sind tadellos, dass man Eltern schulpflichtiger Kinder verstärkt unterstützt, dass man den Heizkostenzuschuss erhöht in Zeiten wie diesen, keine Frage, wäre auch uns ein Anliegen und hätten wir und haben wir natürlich auch unterstützt.

Aber, es geht hier nicht um diese kleinen Begleitmaßnahmen, sondern es geht um drei Kernmaßnahmen, die darin natürlich aufgegliedert sind und die wir in den kommenden Minuten, also jetzt, uns ein bisschen genauer anschauen werden.

Man hat auf jeden Fall das Gefühl, dass dem Landeshauptmann nicht so sehr das soziale Herz übergeht, also wirklich ein Bedürfnis ist, den burgenländischen Haushalten hier zu helfen, sondern dass er ein Getriebener ist. Ein Getriebener insbesondere von Wahlergebnissen.

Denken wir an Niederösterreich vor einigen Wochen, denken wir an gewisse Umfragen auf Bundesebene, denken wir an gewisse Umfragen in Ländern, die noch zu wählen haben - Kärnten und Salzburg vor allem - und denken wir natürlich auch an die Oppositionsarbeit hier im Burgenland.

Das alles veranlasst offensichtlich die SPÖ zu hastigem Aktionismus. Wir haben eine Woche vor einer turnusmäßigen Landtagssitzung also eine Sondersitzung, um etwas zu besprechen, was dann ohnehin noch einmal ein Thema sein wird. Also, da geht es darum, Rauch und Nebel zu entwickeln. Man spricht von einem Entlastungspaukenschlag. Schauen wir einmal, was da wirklich dahintersteht.

Bei näherem Hinsehen, wie gesagt, gibt es drei Kernbereiche, um die es hier offensichtlich geht. Das ist der Wärmepreisdeckel zum einen, das ist zum Zweiten die Mietpreisbremse und ist zum Dritten diese Tarifgestaltung bei Strom und Gas, also bei den Energieträgern. Der Wärmepreisdeckel ist ja an und für sich eine gute Idee.

Wenn man Menschen, die sich das Heizen schwer oder gar nicht mehr leisten können, unterstützt, ist das überhaupt kein Thema, aber man muss schon zwei Aspekte festhalten. Zum einem, das ist ein Etikettenschwindel. Es handelt sich nicht um einen Deckel, denn ein Deckel ist etwas, was man oben drauflegt, wo der Preis nicht mehr darüber hinaus gehen kann.

Das ist es nicht. Das ist ein Einmalzuschuss. Nichts gegen Zuschüsse, das ist, wie gesagt, in Ordnung, aber es ist eben eine falsche Titulierung, die die Bevölkerung zu anderen Schlussfolgerungen verleiten soll, als hier tatsächlich gemeint sind.

Das Zweite ist, man hat natürlich sich einer - wie sagt man so euphemistisch - Energieberatung zu unterziehen. In den Gängen des Landhauses spricht man da von einem Politoffizier, der dann nach Hause kommt und dem Haushalt natürlich vorschreibt, was ich denn für Investitionen zu tätigen habe.

Investitionen etwa in Wärmepumpen oder was auch immer, die ein Vielfaches, genau, dieses Wärmepreisdeckels, dieser Unterstützungszahlung, dieses Zuschusses, ausmachen werden.

Aber, ich habe bei der letzten Landtagssitzung hier ein Beispiel aus einem südburgenländischen Haushalt gebracht, der auf die Idee des Pumpen-Peters eingegangen ist. Die braucht viel Strom, das ist nicht gedeckelt. Also, das ist ein Teil, der

nicht dieser Deckelung der Bundesregierung unterliegt und die Stromkosten dieses Haushaltes stiegen von 180 auf 1.080 Euro.

Da kann man nur sagen: „Danke Pumpen-Peter, danke Wärmepreisdeckel!“ Ich würde wirklich jedem burgenländischen Haushalt massiv ans Herz legen, genau zu überlegen, ob man dieses Angebot annimmt. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit vergiftet!

Das Zweite ist die Mietpreisbremse. Gemeinsam mit den Wohnbaugenossenschaften übernimmt das Land den erhöhten Zinsaufwand für variable Kredite. Wiederum etwas, ja, wenn man sich das leisten möchte, ist das natürlich zu begrüßen. Es ist klar, dass sich die Haushalte dadurch etwas ersparen.

Du hast ein Beispiel gebracht, das glaube ich auch, das ist sicherlich begrüßenswert. Es ist aber natürlich schon ein Ausfluss einer Politik, die wir in der Vergangenheit auch hier schon kritisiert haben. Warum unterliegen Wohnbaugenossenschaften den erhöhten Zinskosten oder erhöhtem Fremdkapitalkosten?

Doch deswegen, weil die Wohnbauförderung nicht attraktiv ist, weil sie viele jahrelang nicht auf das Geld der Wohnbauförderung zurückgegriffen haben, sondern sich eben bei den Banken das Kapital besorgt haben. Wir haben hier mit dem Salzburger Modell sogar ein Alternativmodell in Form eines Dringlichkeitsantrages vorgeschlagen. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Das wurde von der SPÖ abgelehnt und daher kommt man jetzt natürlich in die Ziehung, was die entsprechenden Zinserhöhungen betrifft.

Ich persönlich sehe das in ein zehn Millionen Euro teures Friedensangebot des Landeshauptmannes an die Wohnbaugenossenschaften. Da war nämlich der Herr Landeshauptmann, die Wohnbaugesellschaft die ja da gegründet werden soll, oder schon ist, aber man weiß es ja nicht genau, ein bisschen Unstimmigkeiten zu verspüren und offensichtlich will man das auf diese Art und Weise ausräumen. Da haben die Leute wenigstens etwas davon, das soll auch das kleinste Problem sein.

Dann das Herzstück dieser vielumjubelten Tarife bei Strom und Gas. Da sagt der Klubobmann Hergovich, er wird immer wieder zitiert damit, mit den Worten, die Energie Burgenland tut diesbezüglich ihr Möglichstes, er hat heute auch von einem günstigen Tarif gesprochen, der hier angeboten würde.

Schauen wir uns das an. (*Der Abgeordnete hält eine Datei in Händen*) Es geht genau um zwei Aspekte. Zum einen um eine Preisrabattierung von behauptetermaßen 36 Prozent. Das ist jetzt aktuell. Ab April wird dann ein Fixtarif von 23 Cent netto bei Strom gelten. In Wirklichkeit sind es 27,6 Euro, denn da kommen natürlich 20 Prozent Umsatzsteuer drauf und ungefähr zehn Cent bei Gas kommen 20 Prozent Umsatzsteuer drauf, sind dann 12 Cent in Wirklichkeit zu zahlen.

Wie schaut es momentan aus? Das gilt aber per 01.04. Ich komme ja dann auch darauf zurück, warum. Momentan schaut es folgendermaßen aus, das ist vielleicht ein bisschen kleingedruckt, kann man aber im Internet natürlich jederzeit gerne nachlesen.

Da sind die Tarife, die die Energie Burgenland jetzt und bis einschließlich inklusive 31. März anbietet. Da ist ein Verbraucherpreis bei Optima 6 und Optima 12, das ist wahrscheinlich die Bindungsfrist, von 41,88 Cent beziehungsweise von 67,26 Cent und der wurde auf 42,83 Cent rabattiert, also ungefähr 42 Cent, wenn wir uns das merken, pro Kilowattstunde.

Das ist recht interessant, wenn man da nämlich auch gestern am Abend die Großhandelspreise anschaut, nämlich, woher die Energie Burgenland ihren Strom bezieht, den sie den burgenländischen Haushalten zu diesen Mondpreisen verkauft, dann sind das 14,12 Cent. Heißt das, sie kaufen eine Ware um 14,12 Cent und verkaufen es den burgenländischen Haushalten um 42 Cent Das ist mehr als das Dreifache.

Der Klubobmann der SPÖ stellt sich hier her und sagt, dass das ja ohnehin günstige Preise sind, (*Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja alles nicht.*) das ist ja ohnehin „a klasse Gschicht“. Dann muss man noch schauen, jetzt kann man sagen Großhandelspreise, in Ordnung, das ist das eine, wie schaut denn das bei den Endverbrauchern aus?

Ich habe bereits bei zwei Pressekonferenzen meinen persönlichen Lieferanten, der jetzt nicht die Energie Burgenland ist, aber ein im Eigentum einer österreichischen Gebietskörperschaft befindlicher Lieferant, also durchaus vergleichbar mit der Energie Burgenland, vorgestellt und im ORF so auch zur Kenntnis gebracht. (*Der Abgeordnete hält eine Datei in Händen*) Das ist hier geschwärzt, weil ich ja nicht Werbung für oder gegen ein Unternehmen machen möchte.

Mein Name, ab 1. Jänner gilt das netto 16,59 Cent, brutto 19,9 Cent. Das heißt, die burgenländischen Haushalte zahlen zurzeit 42 Cent, ich zahle 19,9 Cent. Soviel also zu dem, was die Energie Burgenland für die burgenländischen Haushalte tun kann. Ja, da kann man wirklich nur sagen, danke, also der Preisrabatt bringt eine Verdreifachung der Kosten für die burgenländischen Haushalte.

Wenn man dann noch ein bisschen weiterforscht, dann gibt es eine Seite, das ist die E-Control, das ist die Aufsichtsbehörde über diese ganzen Energieversorger. (*Der Abgeordnete hält eine Datei in Händen*)

Da gibt es zum Beispiel beim Strom folgende Variante: Da wird angenommen, ein österreichischer Durchschnittshaushalt, 3.500 Kilowattstunden Verbrauch inklusive Netzentgelte und inklusive aller Steuern und Abgaben. Wiederum nur die, die im Eigentum der öffentlichen Hand stehen.

Der billigste in Österreich bei diesen Eckdaten ist Tirol, die TiWAG mit 760,87 Euro, also 760 Euro ungefähr. Der letzte in dieser Reihe ist die Energie Burgenland - wie zu erwarten, denn dort zahlt man für das gleiche Produkt 2.121,41 Euro. Das ist eine Steigerung von 179 Prozent. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Bei Gas, da ist das bei einem Verbrauch von 15.000 Kilowattstunden Preis inklusive Netzentgelte und aller Steuern und Abgaben, da ist das Billigste das Bundesland Vorarlberg die ILL-Werke VKW, da zahlt man 1.083 Euro, die Cent lasse ich jetzt weg, also 1.083 Euro, bei der Burgenland Energie 3.283 Euro und 12 Cent. Das ist eine Überzahlung von 203 Prozent.

Also, da sieht man wirklich, die Energie Burgenland tut was sie kann. Die Frage ist nur, für wen. Für die eigene Tasche? Für die eigene Gewinn- und Verlustrechnung? Das ist aus Sicht des Unternehmens sogar noch legitim, das verstehe ich, aber dass eine Politik, vor allem eine SPÖ-Politik, hergeht und das als billige Preise verkaufen will, also da kann man wirklich nur die Hände über den Kopf zusammenschlagen. (*Beifall bei der FPÖ, ÖVP und den GRÜNEN*)

Das hat mit Rabatt nichts zu tun, sondern das ist plumpe Abzocke wo man wirklich unglaublich davorsteht. Dann sieht sich der Herr Landeshauptmann offensichtlich gezwungen aufgrund dieser Zahlen, na ja, wir müssen etwas tun und sagt in diesem Zitat: „Doppelwumms“, ab 01.04. soll es 23 Cent beim Strom, bleiben vielleicht beim Strom, ist

beim Gas 1:1 so, in Wirklichkeit sind es ja 27,6 Cent, das soll man dann eben vermindern.

Die Frage ist, erstens was bedeutet das? Zweitens, warum erst ab 01.04.? Beide sind relativ einfach zu beantworten. Das eine ist, was bedeutet das? Bereits jetzt habe ich den vorgestellt, mit meinem eigenen Energieanbieter ist nicht der billigste auf dieser Liste, da geht es also noch weiter runter.

Ich zahle 19,9 Cent, burgenländische Haushalte zahlen ab 01.04., wenn die Heizperiode vorbei ist, 27,6 Cent. Das heißt, man hat immer noch eine Überzahlung von 39 Prozent plus ein bisschen etwas, aber, weil das mit diesen Kilowattstunden und Cent ein bisschen schwierig zu berechnen ist, vielleicht ein Vergleich.

Wenn man hergeht, ein burgenländischer Pendler braucht zum Beispiel Diesel und an der Tankstelle ist er jetzt ein bisschen billiger geworden, aber nehmen wir an, ein Liter Diesel kostet 1,70 Euro. Da würde dieses Angebot der SPÖ oder der Landesregierung, des Landeshauptmannes wie auch immer nicht 1,70 Euro kosten, sondern 39 Prozent mehr, das sind 2,36 Euro.

Also, das wäre so, als ob der Herr Landeshauptmann, den burgenländischen Pendlern sagt, ihr könnt zur Landestankstelle tanken, ihr müsst euch nur ein Jahr binden, da geht dann natürlich auch kein Preis nach unten, also der ist eingefroren und der ladet 2,36 Euro.

Ich bin neugierig, was die burgenländischen Pendler dazu sagen würden. Genau das gleiche Angebot bekommen sie von der Energie Burgenland - im Mehrheitseigentum des Landes von der Landesregierung vertreten. Das heißt, die werden „ausgesackelt“ und die werden abgezockt nach allen Regeln der Kunst.

Zweite Frage, warum 23 Cent? Er wird es wahrscheinlich niemals zugestehen, aber ich stelle die Frage einfach so in den Raum. Ich glaube nicht, dass das vom Landeshauptmann selbst kommt, ich glaube auch nicht, dass es aus seinem Büro kommt, das kommt natürlich von der Burgenland Energie selbst. Warum 23 Cent, wenn wir einmal beim Nettopreis bleiben? (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Auch das ist einfach erklärt. Da gibt es natürlich einen Terminmarkt, ist öffentlich zugänglich, wenn man weiß, wo man suchen muss und da kann man schauen, was im zweiten, im dritten, im vierten Quartal, oder auch im Jahr 2024 Strom kostet, den kann ich heute schon kaufen.

Beispielsweise im zweiten Quartal, also ab 1. April, kauft die Energie Burgenland den Strom um 13,59 Cent, Tendenz fallend und verkauft ihn aber um 23 Cent. Das ist wieder eine Aufzahlung von ungefähr 75 bis 80 Prozent, obwohl das ja bereits die vielgepriesene und vielversprochene Senkung war.

Da sind ja einige Unternehmerinnen und Unternehmer unter uns. Ich weiß nicht, wie Sie es finden würden, wenn Sie einen fixen Abnahmepreis hätten, der 75 oder 80 Prozent über dem Einkaufspreis liegt? (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Eine gute Marge!*)

Das ist eine gute Marge. Das ist ein Arbitragehandel, wie gesagt, aus der Sicht des Unternehmens eine tolle Geschichte, nur für die burgenländischen Haushalte, die diese Übergewinne bezahlen müssen, von denen der Vorstandsvorsitzende der Burgenland Energie sagt, ich möchte sie bis 2025 verdoppeln. Jetzt wissen wir auch, wer das bezahlt, nämlich, die burgenländischen Haushalte, also das ist wirklich unglaublich und der Herr Kollege Hergovich fragt auch immer, was haben die Menschen davon?

Ja, das sieht man ohnehin, sie werden abgezockt, dass es ärger nicht mehr geht und zuletzt vielleicht noch, warum zum 01.04.? Warum nicht sofort? Eine gute Frage, auch die ist relativ einfach zu beantworten.

Sie wissen, wenn man ein paar Monate zurückgeht, es hat ja im Herbst eine Gemeinderatswahl gegeben, wo der Landeshauptmann natürlich den Zwang verspürt hat, na ja, das ist jetzt blöd, wenn er jetzt keine Absolute herausbekommt, koste es was es wolle, das muss zum Erfolg werden und daher hat er die Burgenland Energie dazu verdonnert, drei Monate lang, Oktober, November, Dezember die Preise nicht zu erhöhen und dafür bekommt sie jetzt die Lizenz zum Abzocken, sie darf sie drei Monate nicht senken.

Jänner, Feber, März und daher wird das erst ab 01.04. umgesetzt. Dieses Modell, das hier präsentiert wird, ist obszön. Dieses Modell ist abstoßend und es stünde der burgenländischen Medienlandschaft, insbesondere dem ORF, sehr gut zu Gesicht, die Landesabgabe ist ja ohnehin erst voriges Jahr von der SPÖ verdoppelt worden, also stünde uns sehr gut zu Gesicht, hier den Menschen die Wahrheit zu sagen, denn diese fünf Minuten Recherche muss man wohl erwarten können. *(Beifall bei der FPÖ, ÖVP und den GRÜNEN)*

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Klubobmann Markus Ulram, nach ihm spricht dann der Herr Abgeordnete Géza Molnár.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen, vor allem alle Zuseherinnen und Zuseher zur heutigen Sonderlandtagssitzung, die schon einen bemerkungswerten Start gehabt hat. Eine Sitzung, die an und für sich von Grund auf her keinen Beschluss vorgesehen hat. Einen Nachtragsvoranschlag, der einläuft. Es sind auch viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landtag vertreten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn eine Gemeinde in einem A4-Zettel der Landesregierung abgibt und sagt, das ist der Nachtragsvoranschlag von der Gemeinde, ich glaube, da wird er Absetzansuchen an die Gemeinde, an den Gemeinderat gemacht und nicht zur Kenntnis genommen. Das kann ja nur ein billiger Scherz sein, dass man auf einer A4-Seite 53 Millionen Euro abbilden möchte, abgesehen, dass das Land ja hier die Gegendarstellung, die Gegenfinanzierung nicht macht, sondern diese Mehreinnahmen und Übergewinne hier verschweigt. *(Beifall bei der ÖVP, FPÖ und den GRÜNEN)*

Aber, zu dieser Sonderlandtagssitzung, da wir nächste Woche sowieso einen regulären Landtagssitzungstermin haben ist vielleicht eine gute Möglichkeit, muss man fast dankbar sein, dass wir auch heute die Möglichkeit haben, diese Entwicklungen im Land Burgenland aufzuzeigen.

Man hat auch den Eindruck, wenn man die Medien verfolgt, wie gut im Burgenland alles rennt, und wenn man es noch genauer betrachtet merkt man eigentlich genau das Gegenteil.

Denn das Einzige, was wirklich sehr gut funktioniert im Burgenland ist die PR-Agentur mit 25 Leuten, die dem Landeshauptmann unterstellt ist, die Tag und Nacht nur Werbung für das Land macht. Alles, was gesagt, doppelt und dreifach verkauft wird, wichtig ist auch der Verkauf auf Bundesebene, weil da will man ja auch noch allerhand erreichen und da muss man natürlich immer gut darstellen, wie alles toll im Burgenland ist.

Tatsache ist aber, dass ein Fehler nach dem anderen passiert und das sind nachvollziehbare und vor allem nachweisbare Dinge, bleiben wir einmal beim Strompreis.

Monatelang ist eigentlich gesagt worden, ja, auf Grund des Marktes und des Bundes und alle waren schuld, weil wir haben einen so hohen Strompreis und wir müssen da schauen und wir sind ohnehin noch die billigsten, der Herr Landesrat Schneemann hat von den billigsten in der Ostregion gesprochen, wenn man 40, 50, 60 Cent den Leuten verrechnet.

Die billigsten in der Ostregion, das ist ja schon sehr vermessen, wenn man so etwas sagt und Tatsache ist, dass es nur um die Showpolitik vor der Gemeinderatswahl gegangen ist.

Reines parteipolitisches Kalkül, wo keine Strompreisanpassungen passiert sind und was natürlich zu erwarten war und alle die hier mitgedacht haben waren dann gar nicht mehr so überrascht, weil dann auf einmal die große Überraschung dann mit Jahreswechsel kommt und mit voller Wucht jeden Haushalt, jede Burgenländerin und jeden Burgenländer treffen wird, mit einer horrenden Preiserhöhung beim Strompreis war natürlich schon sehr bemerkenswert und das wird natürlich von niemanden goutiert.

Nicht nur goutiert, sondern, da sieht man auch warum eigentlich es auf einmal notwendig geworden ist, dass Securities bei der Burgenland Energie auf einmal stehen müssen, weil man auf einmal Angst hat von der eigenen Politik, wie sich die jetzt auf einmal doch auf die Burgenländerinnen und Burgenländer auswirkt und noch dazu, auf den Herrn Landeshauptmann seinen 360.000 Euro in der Burgenland Energie.

Der im ORF steht und der Bevölkerung im Burgenland nicht erklären kann, warum die Strom- und Gaspreise in dieser Höhe im Burgenland eigentlich seitens des Landesenergieversorgers verrechnet werden. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Das war ein Gestotter das seinesgleichen sucht und das kann ja nicht die Wahrheit sein, von angeblich so einem Topmanager, wo anscheinend über die eigene Preispolitik gestolpert wird, die Bevölkerung verunsichert wird, nicht aufgeklärt wird, Unternehmer abgezockt werden.

Die bekommen ohne Vorwarnung auf einmal eine Vorschreibung in zigfacher Höhe und da gibt es einen Nachweis nach dem anderen, wo ein jeder Unternehmer dann auf einmal gesagt hat, na dann muss ich zusperren. Da muss ich meine Mitarbeiter entlassen.

Das ist sozialdemokratische Politik im Burgenland. So schaut das in Wahrheit aus, und nicht, dass man die Leute entlastet. Der Herr Landeshauptmann und der Landesenergieversorger haben sich lange gegen eine Anpassung gewehrt und aufgrund der Oppositionspolitik hier im Land aber vor allem aufgrund des Druckes der Bevölkerung.

Die sich das dann auch nicht mehr gefallen lässt und diese Politik durchschaut hat, hat es auf einmal wie ein Wunder plötzlich eine Pressekonferenz gegeben.

So über Nacht ist die eingeladen worden, ist nicht einmal gescheit im APA-Kalender aufgeschienen, so schnell ist das gegangen.

Dann hat man sich hingestellt, der Landesenergieversorger und der Herr Landeshauptmann, wie vorher immer gesagt worden ist, der Herr Landeshauptmann selbst hier im Landtag gestanden ist und gesagt hat, er kann den Preis gar nicht beeinflussen, das geht ja eigentlich gar nicht und auf einmal steht man bei einer Pressekonferenz und sagt, ja, wir regeln jetzt den Preis, wir machen 23 Cent.

Was heißt das eigentlich im Klartext? Von einem x-fachen der Preissteigerung geht man jetzt auf das Dreifache des Vorkrisenniveaus, auf das Dreifache des Strompreises und verkauft es mit der eigenen Landes-PR-Agentur. Ist ein großer Erfolg, weil jetzt zahlen wir ja nur mehr das Dreifache an Strom.

Wo sind die Rücklagen des Energieversorgers? Wo sind die Gewinne des Energieversorgers? Wo ist die Benchmark am Tagesgeschäft? 14 Cent hat gestern der Strom gekostet. Die Burgenländer zahlen 23 Cent. Das muss man ja einmal jemanden erklären.

Und vor Krisenniveau waren es 7,5 Cent, jetzt 23 Cent und mir ist zumindest nicht bekannt, dass auch der vielgepriesene Windstrom nicht teurer geworden ist, die Sonne ist nicht teurer geworden. Und da fragt man sich ja, welche Politik hier gefahren wird.

Jedenfalls keine Entlastungspolitik für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Das ist jedenfalls klar. Und andere Landesenergieversorger in Österreich zeigen es ja bereits vor, dass sie ja um einiges unter dem Preisniveau des burgenländischen Landesenergieversorgers unter der Obhut des Herrn Landeshauptmanns Preispolitik machen können.

Aber jetzt könnten wir sagen, dass ist ein Bereich. Trifft zwar alle, aber wir haben ja gegengesteuert, Wärmepreisdeckel haben wir gemacht. Da muss man sich schon die Frage stellen, ein Deckel ist eigentlich eine Obergrenze, was sie ja eigentlich nicht ist. Diese Showpolitik geht in diesem Bereich nämlich weiter.

Für viele ist dieser Wärmepreisdeckel des Landes keine Hilfe, sondern eine reine Mogelpackung. Wieder eine Showpolitik nach außen, die man gut verkauft. 17 Mal erzählt, in den Medien vorkommt und sagt, ja, 30.000 Haushalte werden davon profitieren und, und, und.

Tief in den Mittelstand, hat es geheißen, geht dieser Wärmepreisdeckel hinein. Ich kann nur feststellen, dieser Wärmepreisdeckel geht schwer daneben, nicht tief in den Mittelstand hinein. Weil Tatsache ist, wenn man sich heute das anschaut, und das kann ein jeder, und leider haben viele im Burgenland das schon leidvoll erfahren müssen. Die sind in die Gemeinde gegangen und haben gesagt, ich will diesen Wärmepreisdeckel des Landes beantragen.

Wenn ein Vater mit 1.900 netto im Monat nicht übermäßig viel verdient, die Frau, die Gattin, Teilzeit arbeiten geht mit 1.300 Euro, zwei Kinder daheim, eins geht nach der Matura schon arbeiten und verdient 1.600 Euro und die keinen Wärmepreisdeckel erhalten, dann spricht das zum einen Bände.

Aber noch viel mehr Bände spricht es natürlich, wenn zum Beispiel ein Gutverdienender, einer Landes GmbH-Gesellschaft sitzender Landesbeamte mit 4.400 Euro netto im Monat, in die Gemeinde geht, ist allein im Haushalt und eine Wohnung und sagt, ja, beantrage das jetzt - mit 4.400 netto im Monat - und bekommt einen Landeswärmepreisdeckel.

Das muss man sich ja auf der Zunge zergehen lassen. Eine Familie mit niedrigem Einkommen bekommt es nicht, weil das Haushaltseinkommen gezählt wird, ein gutverdienender Alleinstehender in der Wohnung kriegt mit 4.400 netto einen Wärmepreisdeckel des Landes.

So sozial treffsicher oder untreffsicher ist die sozialdemokratische Politik im Burgenland. Die kann sich auch seinesgleichen suchen, denn sowas gibt es in Österreich auch nirgends wie im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dann hat man sich hingestellt, wieder sehr prominent in den Medien und sagt Alle, die in einer Genossenschaftsmiete sind, wo in einer Genossenschaftswohnung leben, da machen wir jetzt einen Mietpreisdeckel. Den ziehen wir ein mit Dezember. Super. Profitieren sehr, sehr viele. Zwei Jahre soll das ganze gehen.

Gleichzeitig sagt der Herr Landeshauptmann, dort, wo er eigentlich einen jeden Genossenschaftsgeschäftsführer eigentlich gleich ausrichtet, wie schlecht er gewirtschaftet hat, weil eigentlich sollten ja Fixzinssätze da sein und nicht variable und eigentlich ist es eh alles ein Wahnsinn und diese Misswirtschaft hin und her, aber wir stützen das als Land mit zehn Millionen Euro. Klasse. Zwei Jahre eingefroren die Mieten. Klasse Geschichte.

Dass aber einer, der in einem Penthouse, in einer Genossenschaftswohnung wohnt, einen Mietpreisdeckel bekommt und einer, der in einem Privathaus eingemietet ist, keinen Mietzuschuss bekommt, das ist nicht fair in dem Land.

Und dass ich nach Eigenaussagen des Landeshauptmannes Genossenschaften dann noch nach ihrer Interpretation stütze, aber einem jeden, der eine Wohnbauförderung hat, ein jeder, der Haus baut, ein jeder, der in einem anderen Objekt eingemietet ist, in einer anderen Wohnung ist, keinen einzigen Cent zukommen lasse, das ist nicht in Ordnung. Und da muss man dagegen auftreten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn das Land in etwa 124 Millionen Euro an Wohnbauförderungsmittel bekommt - ungebunden bitte, ungebunden - und nicht einmal 70 Millionen bei den Leuten ankommen, wo eh das Hausbauen so teuer geworden ist und das Wohnen sehr teuer geworden ist.

Dann geht man her und sagt, ich nehme aber nur einen Teil heraus, nur die, die in einer Genossenschaft wohnen, die nehme ich raus. Alle anderen interessieren mich nicht, weil ich mache ja Showpolitik. Nur für die breite Masse. Wenn da ein paar andere dabei sind, das ist der Kollateralschaden bei dieser SPÖ-Politik. Das macht nichts. Aber so wird einfach nur Politik betrieben.

Und daher ist es auch gut, dass dieser Sonderlandtag heute ist. Denn wir haben einen Dringlichkeitsantrag dazu eingebracht, wo wir zumindest einen Beschluss fassen können. Und da ist auch der Appell an die SPÖ und an die SPÖ-Alleinregierung, dass wir hier effektive Unterstützung für die Burgenländerinnen und Burgenländer machen und dass auch heute beschließen können.

Nämlich die Ausschüttung der Gewinne des eigenen Landesenergieversorgers an alle Kunden im Burgenland, dass wir die Rücklagen auflösen und diese zur Kompensierung der Energiepreise hernehmen, dass dieser Wärmepreisdeckel, der gut verkauft ist, aber keine Wirkung hat, überarbeitet wird.

Und dass natürlich am Ende des Tages eingeführte Steuern, GIS-Gebührenerhöhung von dieser SPÖ-Alleinregierung, die Baulandsteuer, die Jagdsteuer, die Tourismussteuer, alles andere, Steuern, die hier in letzter Zeit eingeführt worden sind, wieder abgeschafft werden.

Dass müsste unser Ziel sein, weil dann kann man effektiv eine Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer machen. So sollte burgenländische Politik aussehen, das ist der burgenländische Weg der Volkspartei. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön. Nunmehr darf ich den Herrn Abgeordneten Géza Molnár herausbitten. Der Hinweis auf fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Géza Molnár (freier Abgeordneter): Vielen Dank Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Geschätzte Kollegen! Einmal mehr steht die Teuerung auf der Tagesordnung. Dieses Mal im Rahmen einer Sondersitzung und in Form dieser Aktuellen Stunde und anschließend dann auch eines Dringlichkeitsantrages.

Wie die Präsidentin gesagt hat, stehen mir nur fünf Minuten Redezeit zur Verfügung. Ich muss die Sache also rasch und vielleicht auch etwas zugespitzt auf den Punkt bringen.

Meine Damen und Herren, der Text, mit dem die SPÖ-Burgenland diese aktuelle Stunde beantragt hat, der ist in gewisser Hinsicht sehr ehrlich, um nicht zu sagen, entlarvend und das ist so wahrscheinlich auch gar nicht beabsichtigt. Die ganze Problematik, aber vielleicht ist es auch, ich hoffe es zumindest, nur ein Missverständnis.

Die ganze Problematik kommt nämlich bereits im Titel zum Ausdruck, der da lautet: Wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung. Und dann liest man, was eben unter diesem Titel und unter dieser Überschrift im Antragstext der SPÖ steht und dann kommt man drauf, dass es um Maßnahmen gegen die Teuerung eigentlich gar nicht so sehr geht.

In Wahrheit geht es nämlich nur um Maßnahmen gegen die Folgen der Teuerung. Und das ist ein wesentlicher Unterschied, meine Damen und Herren und insbesondere auch Frau Kollegin Petrik, die heute wieder fünf Minuten lang all die tollen, ihr Zitat, Antiteuerungsmaßnahmen des Bundes aufgezählt hat, wo ich mich dann noch im Anschluss frage, wenn das Antiteuerungsmaßnahmen sind, warum liegt dann die Inflation bei elf Prozent. Wenn es nämlich Antiteuerungsmaßnahmen wären, dann müsste diese Kurve ganz anders ausschauen.

Es geht eben nicht um Hochwasserschutz, es geht nicht um Rückhaltebecken oder um Dämme, die man errichtet, es geht eben die ganze Zeit nur darum, wie man das Wasser, das in den ohnehin verlassenen Keller hineinrinnt, irgendwie wieder herauspumpen kann.

Und all die schönen Maßnahmen, die notwendig und die wichtig sind, insbesondere auch im Land - verstehen Sie mich da bitte nicht falsch - und die da auch im Antrag aufgezählt werden, die betreffen eben die Bekämpfung der Folgen der Teuerung, aber nicht die Teuerung selbst oder die Bekämpfung der Teuerung selbst.

Einzelne Ausnahmen oder Nebeneffekte nicht ausgeschlossen. Denn wenn der Unternehmer weniger Energiepreise zu entrichten hat, dann wirkt sich das natürlich auch entsprechend auf die Preise bei den Dienstleistungen und Produkten aus.

Aber der Antragsteller gesteht ja dies in seinem Text im Grunde genommen auch selber ein. Nämlich dann, wenn er sich mit der Bundesregierung befasst, der vorgeworfen wird, sie verabsäume es, Zitat, dem Grundproblem der steigenden beziehungsweise anhaltend hohen Inflation entgegenzusteuern.

Und ja, da haben Sie Recht, meine Damen und Herren, die Bundesregierung negiert das Grundproblem. Sie umschiffet es und sie nennt sie in Wirklichkeit nicht einmal beim Namen. Aber wir müssen uns schon die Frage stellen, ob das hier bei uns im Land wirklich anders ist. Und es ist meines Erachtens leider nicht wirklich anders. Und auch das erkennt man, wenn man sich mit dem Antragstext zu dieser Aktuellen Stunde etwas genauer befasst.

Gleich mit dem ersten Satz, wo es am Anfang heißt, die Energiekrise infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. Und das ist aus meiner Sicht falsch, meine Damen und Herren. Es geht daneben. Es ist zumindest unpräzise.

Es ist nämlich nicht der Krieg, der die Energiekrise ausgelöst hat, meine Damen und Herren, sondern, wenn es in diesem Zusammenhang etwas war oder ist, dann sind es die Sanktionen, dann ist es der Wirtschaftskrieg, den wir, den auch Österreich angezettelt hat.

Es ist ja auch so, umgekehrt würde ja auch ein Waffenstillstand jetzt nicht gleich zu sinkenden Energiepreisen führen, sondern nur ein Ende der Sanktionen beziehungsweise im konkreten Fall der Energieembargos.

Es kann ja auch nicht billiger werden, wenn man sich selbst von günstiger Energie, von Gas und Öl aus Russland, abstellt und stattdessen etwa auf Flüssiggasimporte aus den USA oder von der Arabischen Halbinsel setzt oder auch Öl aus anderen teureren Quellen, übrigens oft eh nur umdeklariertes russisches Öl setzt und eben aus diesen Quellen bezieht.

Und das ist der Punkt, meine Damen und Herren, das ist das Grundproblem Und solange man das negiert, kann es auch gar keine Entlastung in dem Sinn geben, wie sie auch der Antragsteller formuliert, nämlich eine nachhaltige. Mir ist schon bewusst, dass das durchaus unangenehm ist, weil es ja so ist, dass wir gerne alles hätten, so nach dem Motto: Wasch mich, aber mach mich nicht nass.

Aber es ist eben leider die Wahrheit oder besser gesagt, es ist die Wirklichkeit, mit der wir hier konfrontiert sind. Und wer Sanktionen beschließt, wer Energieembargos immer verlängert und verschärft, wer den Wirtschaftskrieg gegen Russland immer weiter eskalieren lässt, Sanktionspakete schnürt - aktuell ist es das zehnte Sanktionspaket auf europäischer Ebene gerade dabei verhandelt zu werden. Es ist das bisher Größte, da sind sich Sozialdemokraten, Christlichsoziale, GRÜNE auf europäischer Ebene einig - wer all das macht, der kann eben nicht erwarten, dass es günstige Auswirkungen auf die Preisentwicklung gibt.

Und es betrifft ja auch noch andere Bereiche. Energiewende. Wenn Sie sich die Tagesordnung der Landtage anschauen, die Energiepreisanträge. Die ersten hatten wir vor eineinhalb Jahren. Also lange vor der russischen Invasion. Sie wissen, auch die Geldpolitik, die Schuldenpolitik der Europäischen Zentralbank spielt eine Rolle.

Und das sind ja alles Dinge, wo Sie sich, so sehr Sie sich, über diese sogenannten Entlastungsmaßnahmen auch streiten, als Regierungsparteien, gleich ob im Land oder im Bund, wo Sie sich ja alle im Großen und Ganzen einig sind.

Und daher, wenn wir uns mit diesem Grundproblem nicht endlich befassen, so unangenehm das auch für manche sein mag, dann wird sich auch daran nichts ändern. Was wir im Landtag tun, nämlich jetzt bei jeder Sitzung, Sitzung für Sitzung nur immer über diese sogenannten Entlastungsmaßnahmen zu debattieren und zu streiten, aber eben nichts Substantielles im Sinne einer dauerhaften Lösung des Problems zustande zu bringen und Dauerzustand ist ja das keiner.

Wir wissen das spätestens seit der Budgetsitzung. Wir wissen ja auch, dass, wenn es immer so schön heißt, woher das Geld kommt, Frau Kollegin Petrik, wir wissen im Großen und Ganzen, dass das volkswirtschaftlich egal, wie wir tun, ein riesengroßer Schaden ist, dass das auf Schulden basiert und dass uns da schlicht und einfach irgendwann die Luft ausgehen wird.

Und ich bin auf die Debatten, wenn wir so weit sind, dann schon echt gespannt, außer Sie denken vielleicht doch um und befassen sich eben endlich mit diesem Grundproblem.

Also bekämpfen wir bitte nicht nur die Folgen der Teuerung, sondern bitte beginnen wir endlich damit auch die Ursachen dieser Teuerung zu bekämpfen.

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön Herr Abgeordneter. Nunmehr hat sich von der Regierungsbank der Herr Landeshauptmann zu Wort gemeldet. Bitte, Ihnen gehört das Wort.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist schon, glaube ich, mehrfach durchgeklungen heute, wir leben in einer Zeit der Krisen. Österreich ist sicherlich sehr stark betroffen von diesen Entwicklungen, von diesen Krisen.

Auch wenn man sich das ein bisschen globaler betrachtet und wenn man das ein bisschen globaler ansieht, dann ist, glaube ich, wie kein anderer Staat in Europa, Österreich in den Mittelpunkt dieser Krisen gerückt.

Und wieso, meine sehr geehrten Damen und Herren? Weil wir aus meiner Sicht - und da können wir ruhig die Krisen, die einzelnen Themen durchgehen - weil wir aus meiner Sicht europaweit und auch in der Geschichte Österreichs die schwächste Bundesregierung an der Spitze unserer Verwaltung, an der Spitze der Politik in Österreich haben, die wir je gehabt haben.

Nehmen Sie die Migrationskrise beispielsweise. Da wird immer sehr viel versprochen. Da wurde die Schließung der Balkanroute versprochen. Da wurde auch von der FPÖ sehr viel versprochen, als Innenminister.

Was ist das Ergebnis unserer Strukturen und das Ergebnis der Migrationsthematik? Mit Abstand, umgelegt auf die Bevölkerungszahl, die meisten Asylanträge europaweit. Wobei immer gesagt wird, Zielland ist die Schweiz, ist Frankreich, ist Deutschland, ist Dänemark, sind die nordischen Staaten. Mit Abstand! *(Zwiesgespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Nehmen wir doch die Coronapolitik her. Was ist jetzt das Ergebnis der Coronapolitik, das prickelnde Ergebnis der Coronapolitik? Eine Coronapolitik, die geprägt war von der Impfpflichtdiskussion, die die Bevölkerung gespalten hat. Und jetzt kommt man auf die Idee und jetzt muss man plötzlich seitens der ÖVP hergehen und sagen, wir sind jetzt wieder auf Kuschelkurs mit den Coronagegnern. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Coronapolitik ... - Heiterkeit beim Abgeordneten Steiner)*

In keinem anderen Land Europas, nur in Österreich, hat sich eine Impfgegnerpartei entwickelt, wie die MFG, ist es so zu einer Spaltung der Gesellschaft gekommen, *(Abg. Johann Tschürtz: Nein, der Kickl war das! Der hat alles gespalten.)* wie in Österreich und wirkt die Coronapolitik auch so nach wie jetzt. In keinem anderen Land.

Und wer zeichnet dafür verantwortlich? Die Bundesregierung. *(Zwiesgespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)* Und jetzt nehmen wir die Krise her, die aktuelle Krise. Nehmen wir her die Energiekrise, nehmen wir her die Teuerungen.

In keinem anderen europäischen Land ist die Inflation so hoch wie in Österreich. Warum ist denn die Inflation so hoch? Warum zahlen denn die Österreicher so viel für das tägliche Leben? Für die Mieten, für die Energie, für den Strom für die Wärme? *(Zwiesgespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist unpackbar!)*

Warum zahlen sie das in Deutschland nicht? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der selber für die Impfpflicht eingetreten ist, der Lustige.)* Warum zahlen sie das in Deutschland nicht? Warum zahlen sie das in der Schweiz nicht? Warum zahlen sie das in Spanien nicht? Weil dort die Regierungen anders reagiert haben.

Aber in Österreich (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Chaos in Deutschland!*) ist unsere Bundesregierung hilflos, sie ist hilflos. Sie ist nicht in der Lage (*Abg. Walter Temmel: So gut wie in Deutschland sicher!*) und das ist das Ergebnis Ihrer marktorientierten Wirtschaftspolitik. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Sprechen Sie über die Landesregierung oder? – Beifall bei der SPÖ*) Das ist das Ergebnis Ihrer marktorientierten Traumpolitik.

Wenn wir sagen, okay, wir wollen in die Märkte nicht eingreifen, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist wirklich eine Frechheit.*) wir können bei den Mieten ja nicht in die Märkte eingreifen, wir können an der ÖBAG nicht in Märkte eingreifen. Wir können in der Beschaffung des Gases, des Stromes nicht in die Märkte eingreifen.

Aber eines können Sie schon seitens der ÖVP - und das merken wir auch jetzt in der Mietdiskussion - Sie wollen zwar nicht eingreifen in die Märkte und in das Eigentum der Vermieter, aber wenn es darum geht, die Mieten zu erhöhen und in das Eigentum, in das Geldbörsel derjenigen reinzugreifen, die die Mieten bezahlen müssen, da haben Sie überhaupt kein Problem damit.

Das ist überhaupt kein Problem. (*Abg. Thomas Steiner: Ihr könntet ja auch ... reduzieren.*) Das machen wir doch. Die sollen zahlen und die Industrie und die Wirtschaftsbetriebe verdienen schon. Das ist Ihre Klientelpolitik und diese Klientelpolitik ist vorbei, glauben Sie mir.

Sie werden das sehen, Sie sehen das in den Umfragen. Die Österreicher haben es satt, dass Sie dieser Klientelpolitik ausgeliefert sind und Sie werden die Rechnung bei den nächsten Wahlen präsentiert bekommen. (*Beifall bei der SPÖ – Abg. Markus Ulram: Das darf ja nicht wahr sein. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist mittlerweile Cäsarenwahn.*)

Kurz auch zu Ihnen, Frau Klubobfrau, es ist nicht das Geld des Bundes, es ist nicht das Geld des Finanzministers, das da verteilt wird, großzügig in die Länder oder das, was wir bekommen, sondern es ist das Geld des Steuerzahlers, das Sie verteilen dürfen, das ist ganz wichtig. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ach so! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja Kabarett!*)

Und das, was mich persönlich stört, ... (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Fasching ist vorbei, aber es ist lustig. – Ein Abgeordneter/eine Abgeordnete: Pst! - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten*)

Präsidentin Verena Dunst: So, bitte Herr Landeshauptmann, Sie sind am Wort! (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Willst Du mir das Wort verbieten, oder was?*)

Präsidentin Verena Dunst: Geht schon, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ) (*fortsetzend*): Das, was mich persönlich stört, da wird sehr viel aufgezählt immer. Ich habe mir das alles gar nicht gemerkt, was Sie da vorgelesen haben in dieser Lesestunde, was der Bund denn nicht alles merkt.

Ich habe mir aber eines gemerkt, Ausgleichszulagenbeziehererhöhung von 1.030 auf 1.100 irgendwas Euro. Wollen Sie das ernsthaft da vertreten? Das wollen Sie irgendwann - wollen Sie den Menschen sagen, der Ausgleichszulagenbezieher, der Mindestpensionist bekommt jetzt brutto nicht 1.030 sondern 1.100 Euro? In Zeiten wie diesen? Bei diesen Preisen, die man jetzt tagtäglich zahlt? Das ist ja ein Wahnsinn!

Präsidentin Verena Dunst: Herr Landeshauptmann, Schlusssatz bitte. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Zeit ist abgelaufen! – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten*)

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ) *(fortsetzend)*: Das überhaupt zu vertreten. Und da bin ich schon dabei, dass es nicht darum geht, den Koffer *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Zeit ist abgelaufen, Frau Präsidentin!)* durch die Lande zu tragen und in weiterer Folge das Füllhorn auszuschütten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es reicht!)*

Präsidentin Verena Dunst: Herr Landeshauptmann, ich darf Sie um Ihren Schlusssatz ersuchen.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ) *(fortsetzend)*: Sondern es geht darum, strukturelle Maßnahmen zu machen und zu verändern und das auch auf Bundesebene. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es reicht wirklich. Die inhaltsloseste Rede, die ich je gehört habe. Also null zum Thema. Es ist unglaublich – Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsidentin Verena Dunst: So, ich darf noch einmal zur Geschäftsordnung zurückkehren und noch einmal, falls ich das vorher missverständlich ausgedrückt habe, Regierungsmitglieder können sich jederzeit und jeweils mit fünf Minuten melden *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gehört geändert!)* und mehrfach melden.

Redner können sich einmal melden, Abgeordnete einmal melden zu fünf Minuten. Ich darf das noch einmal wiederholen. Ich war nicht sicher, ob ich das vorher auch ganz klar gesagt habe.

Herr Landeshauptmann, Sie melden sich jetzt fortgesetzt noch einmal? -

Dann darf ich Sie weiter ersuchen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Es geht nicht darum - um das abzuschließen - es geht nicht darum mit einem Almosenkoffer durch Österreich zu ziehen und den Leuten Almosen zu verteilen. Es geht darum, und das beweisen wir beispielsweise mit dem Mindestlohn, dass die Leute von dem, was sie verdient haben, in der Pension, was ihnen zusteht, was sie verdienen, auch leben können. Darum geht es. Und dafür sollte man auf Bundesebene Politik machen. *(Beifall bei der SPÖ – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten)*

Herr Abgeordneter Petschnig auch zu Ihnen, ich war überrascht an und für sich, ich habe geglaubt, Sie sind der Wirtschaftssprecher oder behaupten zwar immer, Sie kennen sich in der Wirtschaft sehr gut aus, jetzt bin ich aber überrascht, muss ich ehrlich sagen, bei Ihrer Wortmeldung, dass Sie einiges verwechseln.

Natürlich in der Darstellung ist es nett, wenn man das verwechseln kann, wenn man auf die Spot-Märkte repliziert, wenn man auf Tagespreise repliziert, wenn man Preise vergleicht, die auf der einen Seite tagesaktuell sind, die flexibel sind in weiterer Folge, die nicht fix sind.

Ich bin neugierig und bin gespannt, wenn der Preis sich anders entwickelt, wenn Sie dann kommen und sagen, pah, jetzt zahl ich vielleicht 30 oder 40 Cent auf die Kilowattstunde, weil sich die Preise entwickelt haben und in der Burgenland Energie zahlt man weniger.

Also sich herzustellen und der Bevölkerung Dinge zu empfehlen, da haben wir genau das gleiche Problem, was Sie da gemacht haben im Energiesektor, ist in Wirklichkeit das Problem der Genossenschaften.

Dort, wo Sie nämlich ablenken wollen von der Thematik - und das Problem der Genossenschaften war, dass sie zu Zeiten, wo man niedrige ... (*Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö*) – zuhören – zu Zeiten, wo man niedrige Fixzinssätze gehabt hat, die flexiblen Kredite nicht gewechselt haben in die Fixzinskredite. Und jetzt kann man darüber spekulieren, warum das so passiert ist und da komme ich zur ÖVP.

Manche Genossenschaften werden sich gedacht haben, okay, wir müssen das eh nicht machen, vielleicht, so suggeriere ich das jetzt einmal, weil das zahlt am Ende des Tages eh der Mieter. Diese Situation haben wir jetzt gerade. Die Genossenschaften zahlen das ja nicht, sondern sie legen das eins zu eins auf die Mieter um, rüber.

Dann gibt es auch Genossenschaften, da muss man sich ein bisschen die Struktur anschauen, wer ist denn Eigentümer der Genossenschaft? Und da gibt es Genossenschaften, da sind plötzlich Banken Eigentümer der Genossenschaften. Das hätte ich gar nicht geglaubt. Es gibt Genossenschaften, (*Abg. MMag. Alexander Petschnig: Sogar im Burgenland.*) gemeinnützige Wohnbauträger und im Hintergrund stehen aber Banken als Eigentümer. (*Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten*)

Jetzt muss ich fragen, als Frage, hat denn die Bank ein Interesse daran, dass ich sage, okay, liebe Genossenschaft, du kriegst einen Fixzinsvertrag für deine Bauprojekte auf die nächsten 20 Jahre, der vielleicht unter einem Prozent gelegen ist, wie es historisch vor zwei, drei Jahren möglich gewesen wäre?

Ja natürlich hat sie kein Interesse daran. Sie verdient ja kein Geld damit. Und ausbaden tun es auf der anderen Seite die Mieter in weiterer Folge. Und das ist nicht okay!

Und daher die Empfehlung (*Abg. Johann Tschürtz: Das ist allgemein so. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist an Skurrilität nicht mehr zu überbieten. Das ist unglaublich. – Verschwörungstheoretiker ohne Ende.*) auf Strich und Beistrich, auf Gedeih und Verderb in der flexiblen Variante zu bleiben, eine schwierige Empfehlung.

Ich würde mir das nicht an dieser Stelle als Politiker trauen und der burgenländischen Bevölkerung zu empfehlen, bleiben Sie doch in der flexiblen Variante, da kostet jetzt der Strom 19 Cent. Da haben Sie vergessen, die Netzgebühr dazuzurechnen. Dann relativiert sich das Ganze schon wieder. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Die sind ja dort auch nicht dabei.*) Bei den 40 schon.

Das haben Sie vergessen darzustellen und Sie wissen nicht, und ich weiß es nicht, Sie wissen es nicht und auch die Bevölkerung weiß es nicht, wie entwickelt sich der Strompreis.

Ich bin neugierig, (*Abg. Johann Tschürtz: Ihr könnt es ja auch nicht wissen.*) wenn sich dann der Strompreis nach oben entwickelt, was Sie dann dieser Bevölkerung sagen. Na ja, die Empfehlung, da habe ich mich getäuscht, das hat vielleicht nicht gepasst. (*Abg. MMag. Alexander Petschnig: Es gibt schon einen Termin.*)

Also das ist schon wichtig, dass man das immer richtig darstellt und dass man die Bevölkerung nicht verunsichert. Und das, was Sie derzeit machen, ist eine Verunsicherung der Bevölkerung. (*Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten*)

Und wenn die fünf Minuten auch gleich wieder vorbei sind, ein Satz noch zu Ihren Rechenbeispielen. Ich würde Sie wirklich bitten, das wäre auch für dieses Haus, glaube ich, nicht schlecht, das wäre nett, wenn man schon Rechenbeispiele, und das habe ich schon in der Vergangenheit öfter erlebt. Es hat sich einmal ein Finanzminister beim

Budget verrechnet, das war sehr peinlich im Parlament. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr habt Euch auch schon verrechnet.)* Man muss dann schon auch richtig rechnen.

Also ein Beispiel mit 4.464 Nettoeinkommen im Monat, der fällt nicht unter die Wärmepreisbremse. Da muss man die Einkommen hochrechnen, da muss man durch zwölf dividieren. Da kommt etwas Anderes heraus. Vielleicht können Sie das noch korrigieren binnen zwei, drei Stunden, weiß ich nicht. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber jedenfalls das Rechenbeispiel, das Sie an den Tag gelegt haben, ist ganz einfach falsch. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 63.000 durch 14 ist 4.400. – Abg. Robert Hergovich: So rechnet man das leider nicht. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Brutto-netto, weißt eh!)* In diesem Sinne, unser Anspruch ist, Koalitionspartner ... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist wie beim Mindestlohn, brutto-netto. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Unser Anspruch ist, Koalitionspartner der Bevölkerung zu sein, unser Anspruch ist, die Bevölkerung maßgeblich zu entlasten, dafür machen wir Politik. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber man muss gar nicht Koalitionspartner sein. Wie kommen Sie auf die Idee, die Bevölkerung zu vereinnahmen? Es gibt Tausende, die das nicht wollen. Das ist eine Anmaßung!)*

Auch genau deshalb gibt es heute diesen Sonderlandtag, danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Robert Hergovich, fünf Minuten.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Das Rechenbeispiel in Ihrem Antrag ist falsch. Bin neugierig, wann Sie den Fehler finden? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr versteht es noch immer nicht, gell? Eh klar, wie sollt Ihr es auch verstehen!)*

Tun Sie nur weiter so, passt schon. Ist schon in Ordnung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Rechnen wir halt: 63.000 durch 14, dann passt das.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es zeigt halt, wie seriös oder unseriös die Debatte geführt wird. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr solltet einmal die Grundrechnungsarten lernen, dann könnt Ihr weiterreden!)*

Denn wenn sich der Kollege Petschnig hier herausstellt und plötzlich anfängt, Birnen mit Äpfeln zu vergleichen *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Und zwar?)* und nicht berücksichtigt, dass eine 36-prozentige Rabattierung vorhanden ist *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, zuerst 300 Prozent hinauf, dann 36 herunter. Das glaube ich, das ist super!)* und damit der Preis natürlich sofort in das Mittelfeld fällt.

Das nicht berücksichtigt wird, dass es einen Wärmepreisdeckel gibt, dann kann man nur sagen, das ist entweder bewusst *(Abg. Mag. Thomas Steiner: In der Landesregierung herrscht Fachkräftemangel offensichtlich.)* oder unbewusst gemacht. Beides ist nicht seriös. Erste Feststellung.

Zweite Feststellung: Vorarlberg erhöht mit 01.04., ist deutlich über dem burgenländischen Tarif. Steiermark, Wien, Niederösterreich und Salzburg sind über dem burgenländischen Tarif. Die TIWAG hat angekündigt, die Tarife zu erhöhen, damit über dem burgenländischen Tarif.

Sie stellen sich wirklich raus und wollen den Burgenländerinnen und Burgenländern empfehlen, zu einem anderen Anbieter zu gehen? (*Abg. MMag. Alexander Petschnig zeigt einen Zeitungsartikel in die Höhe: E-Control nennt man sowas.*) Das wäre ein schlechter ...

Ja die E-Control berücksichtigt die 36 Prozent auch nicht. Können sie ja gar nicht, (*Abg. MMag. Alexander Petschnig zeigt den Zeitungsartikel nochmal in die Runde: Freilich, steht ja da.*) weil es immer von Fixtarifen ausgeht. Die weiß ja die Prozente der einzelnen Länder nicht. Das ist aber unseriös, denn Sie wissen es und sagen es nicht dazu.

Daher 23 Cent sind deutlich günstiger, wie die meisten Anbieter, sind stabil und sind verlässlich. Und daher, jede Empfehlung, hier zu wechseln, da wäre ich sehr, sehr vorsichtig.

Zweitens, zur ÖVP. Also das ist schon ein schönes Stück. Sie stellen sich da wirklich heraus, kritisieren die Maßnahmen und beklagen die hohen Preise, ja Sie sind ja mitverantwortlich. Sie sind ja schuld, dass diese Preise so hoch sind, wie sie sind. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja genau! Heiterkeit und Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr seid echt an Skurrilität nicht zu übertreffen!*) Würden Sie die 40 Millionen nicht abziehen, könnten wir die Preissteigerungen mit diesen 40 Millionen kompensieren. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist an Skurrilität nicht zu übertreffen!*)

Das ist ja deshalb nicht mehr möglich, weil Sie mit der Übergewinnsteuer (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber ich fürchte, die glauben das selber.*) 40 burgenländische Millionen an den Bund abziehen (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Glauben Sie das ernsthaft?*) und dann stellen Sie sich da her und beklagen hohe Preise. Also das ist wirklich, das ist wirklich gigantisch. (*Beifall bei der SPÖ*)

Man kann eben in der Politik ... (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Fasching ist vorbei, Kollege! – Heiterkeit bei Abg. MMag. Alexander Petschnig – Abg. Doris Prohaska: Aus der Rolle des Klassenkasperls sollte man auch einmal herauswachsen, oder?*)

Man kann in der Politik natürlich, da muss man nicht immer mit Samthandschuhen agieren, da kann man natürlich dem politischen Mitbewerber das Eine oder das Andere pointiert ausrichten. Aber wissen Sie, was mir nicht gefällt, wenn man auf Privatpersonen losgeht. Wenn man einen Geschäftsführer diffamiert, wenn man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Misskredit bringt, das gefällt mir persönlich nicht!

Das haben sich weder der Geschäftsführer, noch die Mitarbeiter verdient. Und ich sage für die Sozialdemokratie, wir stehen hinter unserem Unternehmer, wir stehen hinter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch hinter dem Geschäftsführer. Die machen dort einen großartigen Job und die haben sich diese Diffamierung sicher nicht verdient. (*Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Beifall bei der SPÖ*)

Aber interessant ist es schon, es gibt kein Wort zu dem Einfrieren der Mieten, es gibt kein Wort zum Wärmepreisdeckel, zum Verzicht der Zinsen bei den Wohnbaudarlehen, kein Wort. Nur Kritik, aber substantiell nichts zu den Maßnahmen, die wirklich helfen. (*Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten – Mag. Thomas Steiner: Nein, ich glaube, er versteht es einfach nicht.*)

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eines klar, die Burgenländerinnen und Burgenländer können sich auf einen verlassen, das ist die burgenländische Landesregierung und das ist die Sozialdemokratie im Burgenland.

Ich würde mir wünschen, dass so viele Burgenländerinnen und Burgenländer diese Landtagssitzung im Livestream sich anschauen, wenn sie Zeit haben, denn dann wäre ich wirklich gespannt, was sie für ein Bild der Politik im Burgenland haben, herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren, bevor wir in die weitere Debatte einsteigen, als nächstes wird sich die Frau Klubobfrau melden, dann ist der Herr Klubobmann Johann Tschürtz und danach der Herr Klubobmann Markus Ulram gemeldet.

Noch einmal das Ersuchen, wie das letzte Mal, eine Diskussion ist wichtig und natürlich Zwischenrufe, ganz klar, gehören zur politischen Debatte, aber bitte auf Augenhöhe mit Wertschätzung und nicht beleidigend.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Ich darf eine ganz aktuelle, sehr praktische und für Haushalte mit wenig Einkommen sehr, sehr wirksame Maßnahme hier auch noch einmal kundtun, weil zu Recht ja eingefordert wird von der SPÖ, dass gezielt für Menschen mit wenig Einkommen hier neue Maßnahmen gesetzt werden und diese Menschen entlastet werden sollen.

Jetzt soeben wird von der Bundesministerin Leonore Gewessler gemeinsam mit Caritas Präsident Landau die Aktion, die Förderaktion „Energiesparen im Haushalt, Beratung und Gerätetausch“ präsentiert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten. – Abg. MMag. Alexander Petschnig: Das Bier einkühlen!)*

Wir wissen, dass die Förderaktion „Energiesparen im Haushalt: Beratung und Gerätetausch“ präsentiert wurde. Wir wissen, dass die hohen Energiepreise eine direkte Folge unserer Abhängigkeit vom russischen Erdgas sind und das ist für viele Menschen in Österreich wirklich eine hohe Belastung.

Vor allem für die Menschen mit geringem Einkommen und daher wird es jetzt erstmals für einkommensschwache Haushalte eine Energiesparberatung unter Austausch der Elektrogeräte, den großen Elektrogeräten, die viel Strom verbrauchen, bis zu 100 Prozent gefördert.

Das ist nicht nur gut für das Klima, das spart die Energie und das senkt vor allem den Energieverbrauch im Haushalt langfristig und schont damit die Geldbörse. Ab heute, ab 23.2.2023, sind die Anträge unter [Caritas.at/Energiesparberatung](https://www.caritas.at/Energiesparberatung) möglich. Dafür stellt der Bund 30 Millionen Euro zur Verfügung. Ich sage das hier, weil genau diese ganz konkreten Hilfestellungen in den großen Debatten, die hier manchmal eher wie Wahlkampfdebatten klingen, oft nicht gehört werden können.

Genau von den Menschen nicht gehört werden können, die es aber betrifft. Und ich hoffe, dass auch hier im Burgenland es uns ein großes Anliegen ist, dass möglichst viele der Menschen, die betroffen sind, die das brauchen, diese Beratungen in Anspruch nehmen, sich an die Caritas wenden, sich an die Volkshilfe wenden, die ist ja auch mit im Boot, damit jene, die es wirklich brauchen, ihre energiefressenden großen Elektrogeräte austauschen können und wer wenig Geld hat, bekommt das auch 100 Prozent ersetzt.

Ich denke mit dieser Maßnahme werden alle zufrieden sein. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsidentin Verena Dunst: Dankeschön Frau Klubobfrau. Herr Klubobmann Johann Tschürtz bitte um Ihre Ausführungen. Nach Ihnen spricht der Herr Klubobmann Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Ja, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ja, Herr Landeshauptmann, die Intention des MMag. Alexander Petschnig, wie Sie sagen, Sie haben geglaubt er kennt sich aus in der Wirtschaft, liegt nicht darin etwas aufzuschlüsseln oder irgendetwas schlecht zu reden, sondern es geht einzig darum, dass es hier eine einjährige Bindung gibt mit 23 Cent, darum geht es.

Er sagt das deshalb, weil jetzt gerade in Zeiten der Krise es notwendig wäre, dass die Energie Burgenland oder die Burgenland Energie auf alle möglichen Gewinne, die es auch zu lukrieren gibt, verzichtet.

Das heißt, wenn man das schon macht ist es okay, aber dann muss man das immer auf unterster Ebene machen und alles Mögliche, was quasi über den Gewinnen ist, der Bevölkerung zurückgeben und nicht einfach einen Fixpreis einführen, wo man nicht weiß, was in einem Jahr passiert.

Ja, und eines was ich auch oder was sehr viele im Burgenland auch, vielleicht sogar grob fahrlässig, vom Herrn Landeshauptmann finden ist, dass er als Chef der Burgenland Energie nicht darauf geachtet hat, dass diese Übergewinne, die produziert wurden, der Bevölkerung auch weitergegeben wurden, sondern er hat grob fahrlässig einfach verabsäumt, dass diese abgeschöpft werden vom Bund. *(Abg. Robert Hergovich: Nein, das stimmt ja nicht!)*

Egal was man jetzt von der Bundespolitik sagt, aber es ist passiert. Der Bund hat der Energie Burgenland oder Burgenland Energie 40 Millionen weggenommen. Diese 40 Millionen Euro hätte der Herr Landeshauptmann der Bevölkerung leicht zurückgeben können *(Beifall des Abg. MMag. Alexander Petschnig)* und nicht so wie der Alexander Petschnig sagt. Also Ihr liegt da sicher auf einem anderen Weg. Ich sehe das gar nicht, ich will das jetzt gar nicht provokant sagen, sondern das sagen natürlich auch die Menschen draußen.

Wenn man dann noch hört, und der Klubobmann Kollege Ulram hat das gerade angeführt, und wenn der Markus Ulram dann anführt, dass der Vorstandsvorsitzende Stephan Sharma 360.000 Euro im Jahr verdient, dividiert durch zwölf sind es 30.000 Euro, von mir aus durch 14 sind es 26.000 Euro, na dann wird sich die Bevölkerung sicher was denken und wenn man dann noch Gewinne hat, Gewinne hat, Gewinne hat und natürlich auch einen Übergewinn, der abgeschöpft wird, weil man nicht fähig war, den vorher der Bevölkerung zurückzugeben, bevor man es dem Bund geben muss, das ist aus meiner Sicht grob fahrlässig. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Dankeschön Herr Klubobmann. Nunmehr ist der Herr Klubobmann Markus Ulram am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Viele Redebeiträge, sehr kontroversiell. Soll auch im Parlamentarismus auch so sein. Wichtig ist, dass man Problemfelder aufzeigt und dass man versucht hier auch die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Was einzigartig und neu war in der Qualität heute, war das Statement des Herrn Landeshauptmannes.

Die SPÖ hat beantragt einen Sonderlandtag mit dem Thema „Maßnahmen zur Teuerung oder gegen die Teuerung“. Der Herr Landeshauptmann hat nichts dazu gesagt, zu keiner einzigen Maßnahme. Im Gegenteil, Sie sagen da am Rednerpult von den

Corona-Maßnahmen hin und her, darf Sie erinnern, Sie waren ja so gut wie bei jeder Maßnahme dabei und haben ja auch hier zugestimmt.

Ich darf Sie erinnern, dass Sie die Frage noch zu beantworten haben gegenüber den Mieterinnen und Mietern bei den Genossenschaftswohnungen, was nach die zwei Jahre Mietpreisdeckel passiert.

Bekommen die dann wieder einen Schnalzer mit 20 Prozent Aufschlag 2025? Aber erst im Frühjahr, nach der Landtagswahl ist ohnehin klar, versteht sich ja natürlich nicht, also diese Dinge gehören natürlich gemacht. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, von Umfragen sprechen, das verstehe ich natürlich, dass Sie von Umfragen sprechen und vor allem, dass Sie von Umfragen geleitet sind.

In dieser ganzen Diskussion, wer jetzt in der SPÖ der Chef auf Bundesebene, wo Sie gerne mitmischen, ist natürlich Ihre persönliche Intention nachzuvollziehen, aber von dem haben die Burgenländerinnen und Burgenländer nichts. Sondern hier muss man schauen, dass man mit dem Strompreis einmal etwas weiterbringt und nicht hier wieder Strompreise vom Dreifachen an den Tag legt. Weil einzig und allein die Burgenland Energie ist Krisengewinner und die Burgenländerinnen und Burgenländer sind Krisenverlierer! *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Dankeschön Herr Klubobmann. Nunmehr darf ich den Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig um seine Ausführungen bitten. Fünf Minuten.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. In aller Kürze, ich möchte gar nicht irgendwie nachsalzen oder nachwürzen, sondern nur zwei Dinge richtigstellen. Nachdem mir vorgeworfen worden ist, ich würde Äpfel mit Birnen vergleichen, das Gegenteil ist wahr. Das eine ist, Landeshauptmann Doskozil hat natürlich Recht, die Bindungsfrist, die Bindungsdauer spielt natürlich im Preis eine Rolle, keine Frage.

Es steht auch fest, welche Rolle sie spielt. Da reicht es, wenn man den Optima 6 mit sechs Monate Bindungsfrist und Optima 12 mit zwölf Monate Bindungsfrist sich anschaut. Das eine ist 41,88 Cent, das andere ist 42,82 Cent. Also das ist ein ganz ein geringer Anteil, der Effekt ist gegeben, aber dass man da sagt, na ja, das ist jetzt ganz etwas anderes, also das stimmt definitiv nicht.

Das Zweite, was unrichtig gesagt worden ist, das wäre inklusive Netzentgelt. Ich muss jetzt leider auf dem Handy schauen, weil ich das in der Kürze nicht habe ausdrücken können, aber, wenn man hier unten draufklickt auf diesen Link „Informations- und Preisblatt“ draufklickt, dann sieht man eindeutig, ich habe das jetzt zum Beispiel gemacht bei Optima 6, da stehen eindeutig diese 41,88 Cent, die Sie oben finden zuzüglich Netzentgelt 9,96, zuzüglich Abgaben 0,12, wären dann 51,96 Cent und ein bisschen was zu zahlen.

Also nicht, ich vergleiche Äpfel mit Birnen, das ist anderen vorbehalten. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Dankeschön Herr Abgeordneter. Ich sehe, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Meine Damen und Herren! Damit schließe ich die Debatte und beende die Aktuelle Stunde. Ich darf nur noch einmal darauf hinweisen, dass ich die Sitzung, die unterbrochene Sitzung, um 12.15 Uhr wiederaufnehmen werde.

Die Sitzung unterbreche ich bis 12.15 Uhr.

(Die Sitzung wird um 10 Uhr 38 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr 16 Minuten wiederaufgenommen.)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ullram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend echte und sofortige Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Präsidentin Verena Dunst: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Es erfolgt nun die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ullram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend echte und sofortige Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer mit der Zahl 22 - 1313, Beilage 1783.

Da die Behandlung frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu erfolgen hat, werden wir genau das tun. Ich erteile nunmehr Ihnen, Herr Klubobmann Markus Ullram, das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages und darf Sie zum Rednerpult bitten.

Abgeordneter Markus Ullram (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Jetzt wäre ich ja fast verleitet noch etwas zuzuwarten, bevor man einen Redebeitrag im Hohen Haus hält, bis die Regierungsmitglieder alle nach der Reihe kommen. Ich gehe einmal davon aus, dass ja der Herr Landeshauptmann heute nicht der Sitzung beiwohnen wird.

Also wie es sooft ist, eine Wortmeldung für die Öffentlichkeit reicht, wenn überhaupt, und der Rest, ja egal was der Landtag eigentlich diskutiert, weil es ja ohnehin „wurscht“ ist, weil als Alleinregierung machen wir was wir wollen. Und da komme ich eigentlich bei diesem wichtigen Thema ja fast schon ins Stottern, denn dieses Thema kann niemandem egal sein.

Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung können niemandem egal sein. Wie man im Burgenland mit Entlastungen umgeht, das kann niemandem egal sein. Und es kann auch niemandem egal sein, wenn der Herr Landeshauptmann aufsteht, in einer Aktuellen Stunde, einen Rundumschlag wieder macht, so wie er es immer tut, dafür braucht er dann nicht mehr kommen, weil für die Medien reicht es dann wieder und sagt, ja, ihr könnt nicht rechnen, das ist nicht so, Wärmepreisdeckel ist ohnehin super. Haut schon hin.

Na, dann schauen wir es uns einmal an, wir treten ja gerne den Beweis an, als Volkspartei und auch meine Person. Ich bleibe bei meinem Beispiel, wenn der Vater 1.900 Euro netto verdient im Monat, die Mutter ist Teilzeitbeschäftigte 1.300 Euro und bei zwei Kinder, eines davon schon berufstätig ist, und nach der Matura 1.600 Euro netto im Monat verdient.

Dann gibt man das nicht irgendwo ein, sondern in den Wärmepreisdeckelrechner des Landes. Was kommt dann heraus?

Oh, schau, Sie erfüllen nicht die Voraussetzungen! Umgekehrt, eine alleinstehende Person, ein Mitarbeiter, ich sage das nochmals dazu, in einer GmbH wo man gut verdient von den vielen GmbHs im Land, 4.464 Euro netto im Monat, dann gibt man den im Landesrechner ein, dann steht, laut Ihren Angaben sind die Voraussetzungen für eine Förderung erfüllt, Sie sollten einen Antrag stellen.

Na schau, dann geht man her und schaut sich sicherheitshalber noch etwas an. Es kann ja beim Rechner etwas passiert sein, irgendein Programmierungsfehler wie auch

immer, dann schaut man sich den Paragraphen vier an in den Richtlinien des Landes Burgenlandes zur Gewährung des Wärmepreisdeckels 2023, was steht dort?

Genau das, nämlich das Jahreseinkommen muss zum Beispiel durch einen Jahreslohnzettel des Jahres 2022 (L16) nachgewiesen werden. Und man kann noch draufsetzen, die Arbeiterkammer, da hat ja die SPÖ-Alleinregierung auch viele Freunde, ist ebenfalls angeführt, monatliche Abrechnungen zum Wärmepreisdeckel des Landes, Jahreslohnzettel (L16) die Summe der im abgelaufenen Kalenderjahr ausbezahlten Löhne und Gehälter inklusive Sonderzahlungen, zum Beispiel Urlaubs- und Weihnachtsgeld und Sachbezüge.

So, und jetzt frage ich mich im Landtag, wer kann jetzt nicht rechnen?

Wer kennt vielleicht die eigene Richtlinie nicht? Wer kennt den Rechner nicht auf der Landeshomepage? Wer möchte die Leute unterstützen und wer möchte das nicht tun? Oder ist das wirklich nur Showpolitik, wie es aussieht?

Das kann man sich so nicht gefallen lassen! Unterstützen Sie endlich mit einem gescheiterten Wärmepreisdeckel die Leute für diese Kosten, für die Sie verantwortlich sind in der Energie Burgenland, denn Sie verwalten nämlich die Energie Burgenland, Sie haben dieses Vorstands-Duo angestellt um 360.000 Euro pro Nase! *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber, wenn wir schon beim Gas- und beim Strompreis sind, dann stellt sich natürlich schon die Frage, wenn man vor kurzem noch gesagt hat, ja der Markt ist volatil und die Bundesregierung muss etwas tun und als Land können wir nichts tun. Ich habe das heute schon einmal erwähnt, der Herr Landeshauptmann ist im Landtag gestanden und hat gesagt, er kann ja den Preis nicht bestimmen und dann stellt man sich hin mit dem Vorstandsvorsitzenden der Burgenland Energie des Landes, des Energieversorgers, und gibt eine Richtschnur weiter und sagt 23 Cent, alles ist jetzt gut.

Das Dreifache des Strompreises wie vor der Krise und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, jeder einzelne Haushalt, jede einzelne Burgenländerin und Burgenländer der in den nächsten Wochen, Monaten seine Abrechnung bekommt, das Jahr ist noch jung.

Wir wissen, dass jede Gemeinde einen anderen Abrechnungszyklus hat, die einen im Jänner, die anderen im November, die dritten im Dezember und die vierten im April und ein jeder muss gut aufpassen, wenn er den Brief kriegt von der Burgenland Energie und hoffentlich sitzt er dabei, weil wenn er nicht sitzt, dann wird er sitzend werden, weil dann wird es ihn nämlich ein bisschen auf die Seite hauen, wenn er sich seine Stromrechnung anschaut. Diese wundersame Reduktion der Kosten, wo man hineinschreibt um 36 Prozent haben wir den Strompreis reduziert, ist trotz allem dreimal so viel wie vor der Krise.

Dann setzt man auch als Burgenland Energie in dieser Strompolitik des Landes der SPÖ-Alleinregierung eines drauf und sagt, wir machen das mit 1. April. Die Tage werden länger, man braucht weniger Licht, die Heizsaison ist annähernd vorbei. Das ist wieder ein Kunstgriff den man da tut, weil wenn man echt entlasten möchte mit einem neuen Preis, statt 40, 50 Cent davor, den eh übrigens keiner zahlen kann, dann müsste man ja diesen Preis mit 01.01. festlegen.

Das wäre dann eine echte Entlastung, wenn man das macht und wo man dann sagen könnte ja, wir haben diesen Preis reduziert. Aber das kann ja nicht das Ende der Fahnenstange sein, wenn man heute bei 23 Cent ist und man als Burgenland Energie und als Landesregierung spekuliert mit diesem Preis. Man spekuliert mit dem Strompreis für die Kundinnen und Kunden und hofft, dass er weiter hinuntergeht.

Jetzt sind wir bei 14 Cent und hoffen, dass er noch weiter hinuntergeht, weil dann machen wir wieder ein Geschäft, dann können wir die Geldspeicher wieder auffüllen, dann können wir unser Expansionsprogramm wieder weiter fortführen und dann können wir wieder unsere Projekte, die vielleicht dort und da sehr ratsam sind, weiterverfolgen und weiterbauen.

Das ist schon eine Entwicklung, die wir im Burgenland haben, das ist weder ratsam noch empfehlenswert, denn eines muss man noch dazusagen, wenn die Burgenland Energie über zig Millionen an Rücklagen verfügt, bis zu 50 Prozent nicht gebundene Rücklagen hat, und in Krisenzeiten diese Rücklagen nicht für den Strompreis hernimmt und den Kundinnen und Kunden zur Verfügung stellt, die höchsten Gewinne aller Zeiten an diese Landesregierung auszahlt, dann versteht man ja die Welt nicht mehr wie das geht und da kann man nur zum Schluss kommen, dass die Burgenland Energie mit dieser SPÖ-Alleinregierung die Krisengewinner sind und alle Burgenländerinnen und Burgenländer Krisenverlierer sind!

Denn Sie schauen nur auf den Bund und sagen alle anderen sollen etwas tun, wir im Land brauchen das nicht, oder wir gehen andere Wege, aber nur mit sehr viel Showpolitik. Ich habe es heute schon einmal erwähnt, das Einzige was hervorragend funktioniert, ist die Kommunikation GmbH.

25 hochbezahlte Spitzenjobs, die jeden Tag schauen, dass das Facebook-Posting passt, die jeden Tag schauen, dass die Fotos passen, dass jeder gut geschminkt ist und die Zeitungsartikel anscheinend in der Eigenwerbung „Burgenland aktuell“, oder „Burgenland kompakt“, oder wie auch immer diese vielen Zeitschriften mittlerweile schon heißen.

Das ist Politik auf burgenländisch und da braucht man sich nicht wundern, wenn andere auf uns zeigen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Preispolitik könnte auch noch ganz anders passieren im Burgenland.

Rund 450 Windkraftanlagen stehen im Burgenland. 2013, der Vorgänger-Landeshauptmann hat das schon gesagt, bis zum Herrn Landeshauptmann, der hat das weiterverfolgt, dieses Wording, wie alle anderen Regierungsmitglieder auch, haben gesagt, wir sind rechnerisch bilanziell stromautark.

Wir produzieren im Burgenland mehr Strom, als wir eigentlich verbrauchen. Dann heißt es aber auch umgekehrt, wo geht denn der Strom hin? Wie viel Kilowattstunden von diesem produzierten Strom kommen in unseren Steckdosen an? Gar keine! Keine einzige Kilowattstunde kommt aus den Steckdosen der burgenländischen Haushalte heraus, von jenem Strom, der im Burgenland produziert wird.

Sondern 100 Prozent dieses von hier produziertem Strom werden von diesen Gesellschaften, von den Betreibergesellschaften verkauft, vertauscht und verspekuliert.

Das ist Marke Burgenland SPÖ-Alleinregierungspolitik! Da schaut man nicht, wie man andere Möglichkeiten schaffen kann, da schaut man nicht, wie man über Energiegemeinschaften die Haushalte entlasten könnte mit dem hier im Burgenland produzierten Strom! Darum kann es ja nur am Ende des Tages heißen, der im Burgenland produzierte Strom muss den Burgenländerinnen und Burgenländern gehören, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

In diesen Allmachtsphantasien nicht nur vom Herrn Landeshauptmann alleine das ist ja fast schon zu wenig, sondern auch von diesem hochbezahlten Vorstands-Duo in der Burgenland Energie, die nur schauen wie man jetzt das alles „verchecken“ kann, dann ist es umso bemerkenswerter, wenn man dann hört, das kleine burgenländische

Unternehmen will zwei Milliarden Euro investieren in die Expansion an Photovoltaik und Windkraft. Na Bumm.

Zwei Milliarden Euro! 2.200 Hektar PV-Anlagen, 300 weitere Windkraftanlagen, Preisfrage: Wo geht der Strom dann hin?

Wieder an die Börse. Bingo. Genauso wird das weiterbetrieben, ohne einen Genierer, ohne auf die burgenländischen Haushalte zu schauen, wird da einfach spekuliert mit öffentlichen Geldern.

Heute hat es mich schon gerissen wie der Herr Landeshauptmann von den Steuergeldern gesprochen hat, wer die zur Verfügung hat und wer mit diesen wirtschaftet. Dass das ja aller unser Geld ist, und wir müssen ja immer schauen, das gehört nicht dem Bund und nicht dem Finanzminister, und nicht dem und nicht dem, sondern uns allen miteinander.

Dann darf ich dieser SPÖ-Alleinregierung heuer noch wahrscheinlich gratulieren zu zwei Jubiläen. Zum ersten Jubiläum, dass wir wahrscheinlich in diesem Jahr die 2.000 Millionenmarke überschreiten werden. 2.000 Millionen Schulden! Zwei Milliarden! Und zum zweiten Jubiläum, dass wahrscheinlich auch die hundertste GmbH heuer noch gegründet wird.

Die brauchen wir ja zum Verschachteln und Verschleiern, weil Transparenz, das ist schon ein Fremdwort im Wortschatz dieser SPÖ-Alleinregierung, weil da schauen wir schon, dass keiner etwas mitkriegt, dass der Landtag keine Kontrolle hat, wenn ihr wollt, könnt ihr ja über den Rechnungshof hineinschauen, wohl wissend, dass das immer sehr lange dauert, die Beantragung, die Prüfung, et cetera, et cetera.

Da wäre es viel gescheiter, wenn man Aufklärung macht in vielen anderen Verfahren, die der Rechnungshof und der Landtag schon aufgedeckt haben, wie zum Beispiel im Spekulationsverfahren der BELIG, oder beim Verschern von landeseigenen Gesellschaften bei der Reinigungsfirma damals, die man hergeschenkt hat.

Das wäre viel gescheiter, wenn man dort hergeht und sagt was Sache ist und wo die Millionen hingegangen sind, die wir alle gemeinsam zahlen. Wenn man da eine gescheite Entlastungspolitik machen würde im Burgenland, dann könnte man auch die Burgenländerinnen und Burgenländer dementsprechend entlasten.

Eines muss jedenfalls klar sein, der Strompreis, der Gaspreis, muss dorthin, dass er für die Leute verträglich ist. Die Entlastungsmaßnahmen dazu, wie der Wärmepreisdeckel, müssen so gestaltet werden, dass er auch wirklich, dass was gesprochen worden ist, zum Tragen kommt, nämlich, dass der Mittelstand entlastet wird mit allen anderen Bürgerinnen und Bürgern.

Das wäre Burgenlandpolitik so wie wir uns das vorstellen und nicht nur Showpolitik! Dazu gehören natürlich auch sämtliche Maßnahmen, die man gesetzt hat, Abschaffung vom Landesjagdverband, Abschaffung der kleinen Tourismusregionen, nur mehr alles zentralisiert zu behandeln, alles in Landeshand und das noch kräftig zu besteuern mit der Tourismussteuer, mit der Stromsteuer, mit der Baulandsteuer, mit der Jagdsteuer, et cetera, et cetera, GIS-Gebühren. Diese Landesregierung hat es zusammengebracht, dass man die GIS-Gebühren noch in Krisenzeiten erhöht.

Da haben Sie keine Helfer gebraucht, dass haben Sie ganz alleine zusammengebracht. Da muss man sagen, dass kann nicht in Zeiten wie diesen, burgenländische Politik sein.

Nehmen wir die Anliegen der Bevölkerung ernst, jetzt können wir noch reagieren. Wir haben für diese Landtagssitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, nicht nur, weil es dringlich ist darüber zu reden und zu informieren und zu diskutieren, sondern dass wir heute einen Beschluss dazu fassen.

Da haben Sie heute alle miteinander die Chance, seitens der SPÖ, die Ausschüttung der Gewinne an die Burgenländerinnen und Burgenländer weiterzugeben, die Rücklagen dementsprechend aufzulösen und den Energiekunden zur Verfügung zu stellen in Krisenzeiten und die Überarbeitung des Wärmepreisdeckels, damit auch treffsicher ist und auch der Mittelstand dementsprechend auch etwas von der Entlastung hat und dass natürlich sämtliche Steuern, insbesondere die Baulandmobilisierungsabgabe in der jetzt vorliegenden Form wieder abgeschafft wird. Das muss unser Ziel sein.

Das ist unser Weg. Wir als Volkspartei werden weiter darum kämpfen, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer eine echte Entlastung erfahren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön Herr Klubobmann. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich darf nunmehr den Herrn Abgeordneten Géza Molnár ans Rednerpult bitten. Nach ihm spricht der Herr Klubobmann Johann Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (freier Abgeordneter): Herzlichen Dank Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss ganz offen sagen, dass mich die Art der Debatte über das Thema mittlerweile wirklich, wirklich anzipft.

All die Polemik, der Zynismus der da vorherrscht, und das in einer Situation, wie man so schön sagt, wo es draußen bei den Menschen echt um etwas geht, wie Sie auch in Ihrem Antrag, Herr Kollege Ulram, richtig formulieren, dass immer mehr Menschen nicht mehr wissen, wie sie es schaffen sollen, immer mehr Unternehmer nicht mehr wissen, wie sie es schaffen sollen. Mich zipft das wirklich schon an, mich zipft auch diese Heuchlerei an und diese Doppelstandards, die da Platz greifen und ja, ich habe heute in meinem ersten Debattenbeitrag im Rahmen der Aktuellen Stunde schon über das Grundproblem und nicht zum ersten Mal in inhaltlicher Hinsicht gesprochen.

Nämlich, dass man nur die Symptome bekämpft und ja überhaupt nicht bereit ist, sich mit den Ursachen auseinanderzusetzen. Und jetzt in dieser Debatte und mit diesem Antrag und in der Zusammenschau der heutigen Sitzung kommt ein zweites Grundproblem zu Tage.

Es ist eben die Art und Weise, wie sich die Politik, wie sich Regierungsparteien, gleich welcher Ebene, mit diesem Problem auseinandersetzen und es ist auch dieser Antrag der ÖVP und es ist nicht alles falsch, was da drinnen steht und was Sie gesagt haben, Herr Kollege Ulram, aber über weite Strecken ist es ja auch Kindesweglegung, ist es Heuchelei. Sie halten gleich eingangs fest in ihrem Antrag, worum es geht, und das wissen wir alle, nämlich um die steigenden Energiepreise, die Inflation, dass das eben zu einer Situation führt, in der die Menschen nicht mehr wissen, wie sie tun sollen.

Dann steht da der Satz: „Die von der ÖVP geführte Bundesregierung“, das betonen Sie noch extra, weil sonst würden wir das mittlerweile wahrscheinlich nicht mehr wissen, dass es so ist, „hat diese angespannte Situation bereits vor langer Zeit erkannt und

zahlreiche Maßnahmen gesetzt“. Und das ist für mich jetzt schon der erste Punkt wo ich mich frage: Was wollen Sie damit zum Ausdruck bringen?

Was wollen Sie damit zum Ausdruck bringen? Ja, Sie haben die Situation erkannt. In Ordnung, das ist keine große Kunst. Wir sehen alle, was los ist und nicht erst seit gestern. Und dann reden Sie über zahlreiche Maßnahmen. Ich nehme an, Sie meinen damit all das, Herr Kollege Ulram, und meine Damen und Herren von der ÖVP, was uns ja vorhin die Frau Kollegin Petrik von den GRÜNEN bei jeder Landtagssitzung minutenlang vorliest, was es alles an Maßnahmen gegeben hat.

Sie implizieren mit diesem Satz, dass mehr oder weniger alles in Butter ist, weil ja die Bundesregierung ohnehin ihre Maßnahmen trifft. Ich frage mich dann, was sagen Sie wirklich damit aus? Warum bringen Sie dann überhaupt diesen Antrag ein? Weil wenn die Bundesregierung so zahlreiche Maßnahmen setzt und alles in Ordnung ist, dann brauchen Sie die Landesregierung mit solchen Anträgen ja gar nicht mehr behelligen.

Zum Thema Doppelstandards: Sie geben Ihren Antrag jetzt weiter, auch wenn der Herr Kollege Ulram jetzt in seiner unnachahmlichen Art wieder einmal nicht zuhört, Sie kritisieren, das haben Sie auch gerade vom Rednerpult aus getan, die zusätzlichen Steuern und Abgaben. Ja, da haben Sie auch auf Landesebene nicht ganz unrecht. Ist in den Gemeinden auch nicht anders.

Aber wie ist es denn bitteschön im Bund? Reden Sie einmal mit einem Pendler oder mit einem Autofahrer. Sie werden ja selber wahrscheinlich auch noch tanken. Was ist denn am 1. Jänner passiert und was wird heuer noch passieren? Was ist mit der CO₂-Steuer? Sie kritisieren da eine Stromsteuer.

Wir haben auf Bundesebene die Spritsteuer und da gibt es ja überhaupt keine Tendenzen, dass sie da irgendwie sozusagen das Gas rausnehmen lassen und für Entlastung in diesem Bereich sorgen und dass Sie überhaupt noch die Schneid haben, Herr Kollege Ulram, als Mitglied der Volkspartei der Landesregierung diesen Kulturförderungsbeitragsanteil bei der GIS vorzuwerfen.

Ich meine, ich weiß, das steht jetzt bei Ihnen in den Anträgen schon seit weiß ich nicht wie vielen Monaten drinnen, aber Sie sollten jetzt mit diesem Copy Paste einmal aufhören, denn das wird langsam echt peinlich. Ich meine, was tun Sie gerade auf Bundesebene? Die Einführung dieser ORF sogenannten Haushaltsabgabe, die dann gleich am Lohnzettel abgezogen wird. Ich bin gespannt, ob sie ausgewiesen wird, damit die Leute das auch sehen.

Ich meine, das ist ein aktueller Plan von Ihnen. Sie führen jetzt gerade die Burgenland Heute-Steuer ein, die ORF-Steuer. Und das bei einem Unternehmen, das ja immer mehr Kunden verliert. Sie kennen alle die Quotenentwicklung und Sie argumentieren damit als Vertreter einer Partei, wo ja öfter in Richtung Landesregierung kommt Kommunismus.

Ich meine, eine Zwangsabgabe für Haushalte, auch wenn ich rein technisch gar nicht in der Lage bin, den ORF zu empfangen. Was ist denn das? Das ist die nächste Massensteuer, die Sie einführen. Also, dass in einen Antrag hineinzuschreiben, wenn man selber nicht viel besser ist, also zumindest das mit der GIS sollten Sie sich überlegen, ob Sie das vielleicht aus Ihrem Textblock jetzt einmal entfernen, denn das ist ja einfach nur mehr peinlich. Ich finde diese ganze Diskussion auch lächerlich.

Jetzt haben Sie auch erwähnt: Der Landeshauptmann sagt, er macht nicht die Strompreise. Schauen Sie sich bitte Landtagssitzungen in ÖVP-geführten Ländern an. Da rennt das Ganze genau umgekehrt ab. Ich komme später noch darauf zurück. Wie schaut

es denn aus in schwarzen Bundesländern? Was passiert denn dort mit den Preisen? Was passiert denn dort mit den Gewinnen, die die Beteiligungen erzielen?

Oder was ist mit den Gewinnen der OMV? Also, wenn Sie sagen, Sie wollen, dass die Gewinne der Burgenland Energie den Stromkunden wieder zugutekommen, ja dann sage ich Ihnen umgekehrt, dann schauen Sie bitte, dass die Gewinne der OMV direkt dem Autofahrer wieder auf das Konto gebucht werden. Das ist ja nichts anderes.

Also diese Doppelstandards sehe ich absolut nicht ein und diese Art der Diskussion zipft mich wirklich an, denn unterm Strich ist es so, dass die Bundesregierung, sonst gäbe es Ihren Antrag nicht, ihre eigenen Hausaufgaben nicht erledigt und sich die Landesregierung da im Landtag dann noch umgekehrt anhören kann oder sich dafür kritisieren lassen kann, dass sie eben kompensiert.

Ich sage Ihnen jetzt noch ein Beispiel. Das ist jetzt vielleicht ähnlich krass wie bei dieser GIS-Gebühr und der Haushaltsabgabe Mietpreisdeckel. Ich sage es Ihnen jetzt aus meinem eigenen Bereich. Ich bin gewissermaßen von beiden betroffen. Der Haushalt, für den ich unterhaltspflichtig bin, das betrifft eine Immobilie aus dem genossenschaftlichen Bereich.

Da war die Erhöhung jetzt, die Mieterhöhung, im Jänner. Aufgrund dieser variablen Zinssätze, das ist ja für sich ein Wahnsinn, fast 200 Euro. Also über ein Viertel mehr und das noch dazu in einem Jahr, wo der Annuitätensprung auch noch ansteht. Das ist durchaus nicht lustig. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen, noch kann ich es mir leisten, aber das ist durchaus nicht lustig.

Während sich die Landesregierung jetzt in diesem Bereich etwas überlegt hat, bin ich selbst in einer eineinhalb Zimmerwohnung, privat, wo ich voriges Jahr schon zwei Mieterhöhungen gekriegt habe und die dritte jetzt mit 8,4 Prozent im April ansteht, weil der Bund dort seine Hausaufgaben nicht erledigt.

Wissen Sie, diese Doppelstandards, das bringt uns ja nicht weiter, weil ja die Frage letztendlich ist, wie man das perspektivisch löst. Ich erinnere daran, es wurde heute schon erwähnt, wenn die Bundesregierung die Strompreisbremse bis, ich glaube Ende Mai oder Mitte 2024, festgelegt hat. Was sagt uns das denn?

Das sagt uns, dass hier niemand von Ihnen oder von jenen, die in der Regierung sitzen und verantwortlich sind, dass hier niemand damit ernsthaft rechnet, dass diese Entwicklung bald zu Ende sein wird. Also, das ist ja ein Dauerzustand und gleichzeitig wissen wir auf allen Ebenen, auch wenn Sie der Landesregierung noch so sehr die Schuldenpolitik vorwerfen, dass es im Bund ja auch in dem Punkt nicht anders aussieht. Es wird ja allen irgendwann die Luft ausgehen. Das geht ja auf Dauer wirklich nicht gut und diese Art der Debatte bringt daher niemanden weiter.

So, und damit habe ich heute nämlich ein zweites Grundproblem neben dem Inhaltlichen angesprochen, nämlich, dass wie man miteinander umgeht. Und ich weiß schon wie es ist in der Politik. Ich bin ja auch nicht erst seit gestern dabei. Man sagt ja als Politiker oft vom Rednerpult aus: Da wäre es gescheit, dass wir zusammenarbeiten. Könnten wir nicht zusammenarbeiten?

Sind wir uns ehrlich. In vielen Punkten oder in vielen Situationen ist es nicht halb so ernst gemeint, wie man es sagt. Aber ich muss sagen, in diesem Fall gibt es das Thema her, besteht die Notwendigkeit und gibt ja auch noch ein anderer Umstand her. Ich versuche da jetzt einen Lösungsansatz einzubringen.

Diese beiden Punkte, die ich heute für mich ausgeführt habe und vor allem auch für Sie ausgeführt habe, zusammenzuführen. Sie sehen ja, was die auslösenden Momente dieser Entwicklung angeht, sind Sie sich ja weitgehend einig in der Politik. Sie sind sich in der Außenpolitik einig, also was Sanktionen und den Umgang mit Russland angeht, sind Sie sich einig, da arbeiten Sie nicht nur auf europäischer Ebene zusammen, wenn Sie jetzt eben das zehnte Sanktionspaket schnüren, es gibt ja innenpolitisch keine Auseinandersetzungen darüber.

Sie sind sich in der Energiepolitik einig. Ja, die ersten Anträge gegen den Strompreis, Herr Kollege Ulram, Sie wissen es wahrscheinlich besser als ich, vor eineinhalb Jahren weit vor der russischen Invasion. Sie sind sich aber in diesem Punkt grundsätzlich einig, was diese Form der Energiewende angeht und Sie sind, weil das jetzt schon meine Trilogie jedes Mal ist, Sie sind sich ja auch in der EZB, in der Schulden-, in der Währungs-, in der Geldpolitik einig.

Sie sind sich in diesen Punkten einig, darüber streiten Sie ja gar nicht. Ich bin ja meistens neben den Freiheitlichen der Einzige, der das überhaupt anspricht. Der Grund dafür ist eben der, dass Sie sich, was die Ursachen angeht, ja weitgehend einig sind. Ich verstehe jetzt echt nicht, jetzt sind Sie sich einig und Sie wissen, dass das noch länger dauern wird. Sie wissen, dass Sie alle vor denselben Problemen stehen.

Die Bundesregierung steht vor denselben Problemen wie die Landesregierung und wie die Landesregierungen. Die „schwarzen Landesregierungen“ haben ja dasselbe Problem und da wäre es jetzt wirklich an der Zeit, sich das einmal bewusst zu machen. Politisch teilen Sie ja auch das Problem. Schauen Sie sich die Landtagswahlen an. Es ist egal. Es schreiben alle ab, die diese Politik momentan fahren. Da brauchen Sie ja nicht einmal mehr eine ÖVP und SPÖ gegeneinander.

Da brauchen Sie ja nicht einmal mehr irgendwie taktieren. Betrifft beide. Wer profitiert ist die FPÖ. Ich glaube, dass ist da hoch, was heißt ich glaube? Ich bin der festen Überzeugung, dass es da hoch an der Zeit ist, diese Dinge zusammenzuführen. Es wäre eine super Gelegenheit jetzt, Herr Landeshauptmann. Sie sind momentan Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz. Steht nicht im Verfassungsrecht, ist aber realpolitisch in Wirklichkeit sozusagen die Kommandozentrale in gewissen Situationen in der Republik.

Die Impfpflicht, die heute schon Thema war, hat es uns ja gezeigt. Das ist ja bei einer Landeshauptleutekonferenz, dass die in keiner Verfassung steht, rausgekommen. Setzen Sie sich zusammen und ich sage das nicht oft, weil ich es für eine Floskel halte an sich, aber setzen Sie sich zusammen, mit allen acht anderen Landeshauptleuten, mit der Bundesregierung. Bestimmen Sie einmal die Ausgangslage.

Ja, wir sind uns in der Außenpolitik einig, wir machen, was die Sanktionen betrifft, weiter. Ja, wir sind uns bei dieser Form der Energiewende einig. Wir machen so weiter. Auch das hat Auswirkungen auf die Preisentwicklung oder Gestaltung und ja, wir sind uns auch einig, was die Geldpolitik auf europäischer Ebene angeht.

Ja, und wir haben alle dasselbe Problem. Wir wissen, dass wir so nicht ewig weitertun können. Dann sorgen Sie für eine Lösung, weil dieses hin und her rechnen, was jetzt der Wärmepreisdeckel im Einzelfall bedeutet oder die Strompreisbremse, das bringt uns nicht weiter. Ich habe es Ihnen heute schon gesagt. Spätestens, wenn uns die „Maxn“ wirklich ausgehen, wird es spannend werden. In jedem Landtag und auch auf Bundesebene.

Daher ist es in allen Belangen angebracht, dass da endlich jemand die Initiative ergreift und dass sich da jetzt die führenden Köpfe in dieser Republik und in den Ländern zusammensetzen und für eine nachhaltige Lösung im wahrsten Sinne des Wortes sorgen.

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Herr Klubobmann Robert Hergovich hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

Ich bitte darum.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf eine tatsächliche Berichtigung vornehmen. Es hat der Klubobmann Ulram zum wiederholten Mal behauptet, dass 100 Prozent des produzierten Stroms aus Windkraft und PV-Anlagen außerhalb des Burgenlands verkauft werden. Diese Behauptung ist natürlich unrichtig und falsch.

Der Strom aus Wind und PV fließt natürlich in das burgenländische Netz und nur Energie, die nicht im Burgenland verbraucht werden kann, fließt dann in das österreichische und danach in das europäische Netz, sonst nichts. *(Abg. Markus Ulram: Wo ist bei der tatsächlichen Berichtigung die Grundlage dafür? - Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Eine tatsächliche Berichtigung, wie es in der Geschäftsordnung vorgesehen ist.

Ich darf nunmehr den Herrn Klubobmann Tschürtz um seine Ausführungen bitten. Nach ihm spricht der Abgeordnete Dr. Roland Fürst.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das Thema heute ist natürlich sehr, ich sage halt einmal, weitreichend. Der Landeshauptmann oder zukünftige Bundeskanzler Hans Peter Doskozil hat schon von Asyl gesprochen und was weiß ich was alles.

Der Kollege Molnár hat nicht so Unrecht, wenn er davon spricht, wie die Bundesregierung arbeitet und was da alles schief läuft. Jetzt überhaupt, wenn die ORF-Steuer kommt und so weiter und so fort und er hat das auch natürlich so aufgliedert, ist wie es auch ist. Aber wir reden heute nicht über die Bundesregierung, sondern wir reden heute über einen Antrag, wo man versucht, die Burgenländerinnen und Burgenländer zu entlasten.

Wir Freiheitlichen starten jetzt eine Initiative „Runter mit den Strompreisen“. Die Folder *(Der Abgeordnete Johann Tschürtz zeigt einen Folder)* werden demnächst an die Haushalte verteilt, es werden Aktionen gemacht, Bürgerstandl gemacht, wo man auch aufschlüsselt sozusagen mit einem Satzschluss mit der Dosko-Abzocke, wo das natürlich auch aufgeschlüsselt ist, warum und weshalb der Strompreis eigentlich billiger werden kann.

Wenn wir schon zum Burgenland kommen. Vielleicht einige Highlights zum zukünftigen Bundeskanzler Hans Peter Doskozil. Er hat den Schuldenstand auf schon knapp wahrscheinlich nicht nur zwei Milliarden, sondern wesentlich erhöht. Dann die empfindliche Besteuerung von unbebautem Wohnbauland. Dann die massive Erhöhung der Strom- und Gaspreise sozusagen. Von dem reden wir heute.

Dann die Erhöhung der Photovoltaik- und Windkraftabgabe, dann die zahlreichen Kredite, die auf Endfälligkeit gestellt sind. Das sieht man auch im Rechnungshofbericht. Dann die laufende Gründung neuer Landesgesellschaften mit neuen Geschäftsführern, unendlichen Geschäftsführern, hunderte Neuaufnahme seit Beginn der Legislaturperiode, Auflösung von bewährten Verbandsstrukturen, Beispiel Jagd, Tourismus.

Diese teuren Gerichtsverfahren, die jetzt eingetrödelt sind, wenn man sich den Rettungshubschrauber anschaut, das ist ja wirklich eine „Murks“-Partie, der „Pumpen-Peter“ ist sowieso eine „Murks“-Partie, brauchen wir gar nicht reden.

Dann die Impfpflicht, das haben sehr viele ja schon vergessen, die Impfpflicht. Wenn jetzt plötzlich der Herr Landeshauptmann Doskozil sagt, naja, war nicht so, ist nicht gut, was auch immer.

Impfpflicht. Burgenlands SPÖ-Abgeordnete werden wohl auch zustimmen, nicht?

Das ist gar nicht so lange her. Landeshauptmann und Landesparteichef Hans Peter Doskozil erklärt am Dienstag am Rande einer Pressekonferenz, dass er dazu tendiert, nicht dagegen zu stimmen. Die Impfung sei im Kampf gegen die Corona-Pandemie zentral und dieses Signal sei wichtig, so Doskozil.

Also, das ist der Impfbefürworter, das ist genau derjenige, der gesagt hat, alle diejenigen, die nicht geimpft sind, die gehören ausgesperrt, die gehören weggesperrt.

Und die wurden auch weggesperrt, das ist der Hans Peter Doskozil, der die Burgenländer weggesperrt hat, die gesagt haben, ich lasse mich nicht impfen, ich weiß nicht, ob das wirklich so ist, was die sogenannten Experten, die Überexperten da präsentieren.

Weil jetzt kommt ja der Herr Bundeskanzler drauf, dass wir Experten fragen, was haben die Experten damals als Experten gesagt, dafür brauchen wir jetzt Experten, die das beurteilen, was die Experten dann gesagt haben. Soweit kommt das jetzt.

Und genau das ist das Problem. Und wenn wir uns die Geschichte anschauen und was mich immer noch ärgert vom Herr Landeshauptmann oder noch Landeshauptmann, zukünftigen Bundeskanzler, das geht zwar eh erst ab Mai los, aber jetzt schon langsam spürt man das.

Jetzt weiß ich, warum der Herr Landeshauptmann gesagt hat, die GRÜNEN bekommen sofort einen Klubstatus, jetzt weiß ich es, weil er kurz darauf gesagt hat, es gibt eine Bundesregierung zukünftig mit den GRÜNEN und mit den Rosaroten.

Er sagt jetzt, wir brauchen gar nicht wählen, wir machen gleich eine Bundesregierung mit den GRÜNEN, mit den Rosaroten und die Geschichte ist erledigt. Und jetzt weiß ich, warum er das gemacht hat.

Er hat sofort den GRÜNEN einen Klubstatus gegeben für zwei Abgeordnete und dann hat man ein bisschen diskutiert und verhandelt und hat gesagt, okay, es ist natürlich auch angebracht, das System des dritten Präsidenten so einzustellen wie im Nationalrat.

Das heißt, dass die drittstärkste Partei auch den dritten Präsidenten bekommt.

Was ist rausgekommen? Die GRÜNEN kriegen sofort den Klubstatus, aber euch Blauen - reden wir in fünf Jahren noch einmal drüber, dann bekommt ihr vielleicht den dritten Präsidenten. Das war der Herr Hans Peter Doskozil, so ist Hans Peter Doskozil.

Und das werden wir nicht vergessen, (*Abg. Robert Hergovich: Das stimmt auch nicht.*) das werden wir nicht vergessen, und das hat damals, war das schon ein Fingerzeig, (*Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja nicht.*) genauso stimmt es.

Wir wollten das genau jetzt auch haben, aber Ihr habt gesagt, erst in fünf Jahren. (*Abg. Robert Hergovich: Nein! Nein, das stimmt nicht.*) Na selbstverständlich stimmt das so, aber okay.

Ihr habt ja die Möglichkeit, darauf zu reagieren. Und genau das sind natürlich die Thematiken, die man halt natürlich auch berücksichtigen muss, wenn jemand dann plötzlich einen Wärmepreisdeckel erfindet und dieser Wärmepreisdeckel, bei aller Wertschätzung, dieser Wärmepreisdeckel hat auch natürlich die Voraussetzung, dass man auch jemanden kommen lässt, der sich das Haus und die Wohnung anschaut und sagt, ja, du bekommst schon das nächste Mal einen Wärmepreisdeckel, aber du musst eine Photovoltaikanlage bauen oder was weiß ich was um fünf-/sechstausend Euro. Ansonsten bekommst du ihn nicht.

Und jeder, der sagt, das stimmt nicht, dann kann ich das noch einmal vorlesen, weil das ist auch dazu gekommen, das stimmt ja alles gar nicht.

Es stimmt, wenn die Maßnahmen zumutbar sind, werden weitere Förderungen in den Folgejahren von der Umsetzung abhängig gemacht werden. Gut formuliert, aber genauso ist es nämlich.

Also das heißt, das ist ein „Verwaltungsmurks“ der Sonderklasse, es ist wirklich, wenn jetzt vier- oder fünftausend Leute um einen Wärmepreisdeckel ansuchen, kommen vier- oder fünftausend irgendwelche Beamten oder irgendwelche Menschen, was weiß ich, Energieexperten, (*Abg. MMag. Alexander Petschnig: Wieder Experten.*) die einen beraten und sagen, das musst du machen oder das musst du machen.

Das ist die Entlastung? Das ist wirklich die Entlastung?

Und gleichzeitig sagt die Burgenland Energie, wir wollen den Gewinn verdoppeln, den Gewinn will die Burgenland Energie bis 2025 verdoppeln. (*Zwiegespräche in den Reihen der FPÖ*)

Na okay, dann verdoppeln wir den Gewinn, dann geben sie es bitte der Bevölkerung zurück, die wirklich anständig sind und wirklich auch den Preisnachlass verdient haben.

Aber das ist halt die Politik, die mir halt nicht gefällt. Das gefällt mir halt nicht und ich glaube, dass das nicht fair ist und nicht gerecht ist, dass man einfach irgendwo immer einen Paukenschlag macht und sagt, so wird es sein und so wird es sein und im Endeffekt gibt es wahrscheinlich zu 50 Prozent sowieso einen Rohrkrepierer.

Genauso wie der „Pumpen-Peter“. Fragen Sie einmal einen, der einen „Pumpen-Peter“ bestellt hat, was der jetzt für den Strom zahlt und ob er ihn überhaupt bekommen hat, die Pumpe vom Peter, vom „Pumpen-Peter“, also unglaublich, was da abgeht.

Und daher finden wir die heutige Landtagssitzung oder den Sonderlandtag als völlig unangebracht.

Wir haben demnächst wieder Landtagssitzung, das ist eine Schmähführung, was Ihr da aufführt. Das war es schon, danke. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Klubobmann.

Herr Abgeordneter Dr. Fürst bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Landesräte! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Zuseherinnen und Zuseher zu Hause! Herr Kollege Tschürtz, geben wir doch der Wahrheit die Ehre, dass Ihr den dritten Präsidenten nicht habt, das ist offensichtlich und das wissen wir ja.

Das war Eurer Orientierungslosigkeit geschuldet, sagen wir das einmal vorsichtig formuliert und ein relatives Durcheinander bei Eurer Fraktionsbildung, wenn Ihr Euch erinnern könnt.

Ihr habt wahrscheinlich andere Probleme in dieser Zeit gehabt, um sich anständig an Verhandlungen zu beteiligen, wo man solche Sachen auch miteinander ausredet, das weißt Du ganz genau, wie das gelaufen ist und dass es so, wie Du es hier berichtet hast, nicht richtig ist. (*Abg. Johann Tschürtz: Wie war's denn? - Abg. MMag. Alexander Petschnig: Wie war's? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Beifall bei der SPÖ*)

Ich bin heute, oder wir sind sehr dankbar für diesen Dringlichkeitsantrag der ÖVP, einerseits, weil er sehr entlarvend ist, wie immer, bei den meisten Anträgen der ÖVP, kommt man dann gleich ein Stück weit näher dahin.

Oder andererseits, weil es natürlich die Unterschiede ganz klar offenlegt zwischen der ÖVP im Burgenland, der ÖVP im Bund und der SPÖ-Regierung hier auf Landesebene. Und das ist ganz wichtig, dass wir das auseinanderhalten.

Ich möchte einmal beginnen, ich weiß ja nicht, wer den Antrag gemacht hat, war das der Dr. Jekyll oder der Mr. Hyde oder beide?

Also so etwas Anachronistisches und Widersprüchliches habe ich selten gelesen. Da wird ein Wärmepreisdeckel kritisiert, also, wie man da, erstens einmal kann man da keine Monatsgehälter, sondern Jahresnettoeinkommen, solltet Ihr einmal tun, vielleicht kommt Ihr dann auf den richtigen Betrag.

Da wird etwas kritisiert, das es im Bund gar nicht gibt. Diesen Rechner, liebe Freunde der ÖVP, den gibt es ja nur bei uns deswegen, weil Ihr im Bund unfähig seid, einen Wärmepreisdeckel für die Bevölkerung, für die Unternehmen einzuführen. Um das geht es, liebe Freunde und liebe Freundinnen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Und wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, sollen wir den noch treffsicherer machen, also Treffsicherheit, da komme ich noch zu reden dann. Also der soll noch teurer werden.

Also wenn ich mir die letzten Landtagssitzungen, Eure Forderungen, was die Landesregierung nicht alles machen müsste, den Schieneninfrastruktur-Ausbau im Süden, die Gemeinden stärken, das müsste alles das Land machen.

Wir haben das zusammengerechnet, da reden wir zirka von einer Milliarde Euro, was Ihr in den letzten Jahren so gefordert habt.

Auf der einen Seite fordert Ihr vom Land, dass wir noch mehr Geld ausgeben sollen, die ÖVP ist das, und gleichzeitig kritisieren Sie bei jeder Gelegenheit die „Schuldenpolitik“ der Burgenländischen Landesregierung.

Also Freunde, da passt irgendetwas nicht zusammen, das ist nicht stringent, nicht schlüssig, und das ist genau das, wo Unglaubwürdigkeit in der Politik erzeugt wird. (*Beifall bei der SPÖ*)

Aber woher soll es kommen? Apropos Treffsicherheit, widmen wir uns dieser Sache einmal.

Wäre ich jetzt im Hörsaal, bin ich nicht, ist mir klar, und da stelle ich immer gerne Fragen zur Auflockerung und dann würde ich fragen: Wer von Ihnen herinnen, Abgeordnete, Regierung, Präsidentin, hat den von der Bundesregierung ausgeschütteten Klimabonus erhalten?

Jetzt tun wir das nicht, aber für Sie konstruiere ich das. (*Abg. Johann Tschürtz: Musst in der Justizanstalt fragen. - Abg. Ilse Benkö: Im „Häfn“.*) Jeder und jede würde aufzeigen. Auch der von Euch strapazierte Manager, der irgendwo arbeiten soll hier bei uns, ich weiß nicht genau, wen Ihr da meint.

Aber auch der kriegt diesen Bonus. Sehr treffsicher! Den kriegen nämlich auch verstorbene Menschen, den haben auch Menschen in totalen Institutionen bekommen, der hat vier Milliarden Euro gekostet, dieser Klimabonus. Vier Milliarden Euro!

Das sind zwei Drittel von den Teuerungshilfen, die Ihr ausgeschüttet habt. Allein zweiundzwanzig Millionen Euro haben die Portokosten für das Verschicken der Sodexo-Gutscheine gekostet. Chapeau - das muss man einmal zusammenbringen.

Mit dem Steuergeld so umzugehen wie Ihr, das ist unfassbar, das ist ein Drittel von dem, das wir ausgegeben haben, was Ihr für die Portospesen, für den Klimabonus gemacht habt, das ist eine Kunst. (*Beifall bei der SPÖ*)

Umgekehrt der Gegencheck. Wer von Ihnen herinnen, haben sicher schon ein paar gerechnet, kommt in den Genuss des burgenländischen Wärmepreisdeckels? Jetzt kenne ich nicht, zugegeben, will ich auch nicht kennen, genau Eure oder Ihre Haushaltseinkommen, aber was ich so ein bisschen weiß, durch das Reden kommen die Leute zusammen? - Niemand hier herinnen.

Und genau um das geht es. Also wenn etwas treffsicher ist, dann ist das die burgenländische Politik mit Hans Peter Doskozil und der SPÖ-Alleinregierung, liebe Freunde. (*Beifall bei der SPÖ*)

Und das kann ich noch so mit konstruierten Beispielen nicht aushebeln zu versuchen.

Aber heute bin ich in der Früh nach Hause gekommen und jetzt habe ich eine maturierende Tochter, nicht, habe ich gesagt, weißt du eh, was die ÖVP reinschreibt.

Weißt du eh, was dich nach Mai erwartet? Also du müsstest jetzt 1.600 netto verdienen, (*Abg. Markus Ulram: Das kann nur der Schlafmangel sein, was Du da redest.*) dass sie jetzt auch so eine typische burgenländische Familie ist, wo die Maturanten daheim wohnen und 1.600 Euro netto verdienen.

Habe ich gesagt, streng dich an bis Mai, Juni, wenn du die Matura hast, dass du auch in dieses Haushaltseinkommen fällst.

Das sind konstruierte Beispiele, noch einmal, da sind ja wenigstens Beispiele da. Die Frage ist: Warum macht Ihr das alles, was Ihr fordert, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch nicht in den ÖVP-geführten Bundesländern?

Das ist ja das Spannende, also hier zu verlangen, gleichzeitig die Schuldenpolitik anzuprangern, das geht sich hinten und vorne nicht aus.

Drittes Beispiel möchte ich auch noch erwähnen, nämlich den Unterschied, wie Ihr damit umgeht mit Steuergeld und wie wir damit umgehen.

Da gibt es eine Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst, sieben Prozent noch irgendwas, gekoppelt sind da immer die Politiker- und Politikerinnengehälter.

Ihr habt in einer Krise, wo die Menschen nicht nur die vierzig Tage, sondern täglich Fastenzeit haben, seit Monaten, seit Jahren, Familien, 1.500 armutsgefährdete Menschen, die nicht wissen, wie sie ihr Leben bestreiten sollen.

Da geht die Bundesregierung, die GRÜNEN auch mit dabei und die ÖVP her und genehmigt einmal 5,3 für Politikerbezüge. Das betrifft den ÖVP-Bundeskanzler Nehammer, 1.200 brutto monatlich mehr, 1.200 brutto mehr, und den grünen Vizekanzler, 1.000 brutto im Monat mehr.

Und Ihr geht her und sagt, wie wir mit dem Steuergeld umgehen. Was haben wir gemacht? Der Herr Landeshauptmann hat sich sehr intensiv bemüht, eine Lösung zu finden und hat gesagt, das will er eigentlich nicht.

Gerade in Zeiten wie diesen muss man ja dort, wo man besser verdient, dass das irgendwie gerecht verteilt wird und ein Signal zu setzen, dass die Menschen da draußen auch das mitkriegen, was wir da alles machen und klar auch vor Augen geführt bekommen, dass wir auch einsparen.

Er hat gesagt, er will, dass jeder und jede im öffentlichen Dienst, begonnen und angefangen bei ihm, 300 Euro brutto monatlich mehr bekommt.

Das bedeutet für den Herr Landeshauptmann ein Drittel von dem, was seine anderen Kollegen bekommen, Landeshauptmannniveau, das bedeutet aber für die Kollegin unten bei der Informationsstelle oder im handwerklichen Dienst, 165 Euro netto mehr und das ist das beste Mittel gegen diese Teuerungspolitik, die ihr mitverursacht im Bund. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir sind beim Bund angelangt, also ich bin ja fassungslos, aber ich bin heute gar nicht mehr fassungslos. Ich bin ja jetzt auch schon drei Jahre hier und höre das.

Also die Bundesregierung, die ÖVP-GRÜNE Bundesregierung hat es zusammen geschafft, die größte Schuldenquote, den größten Schuldenstand seit dem Zweiten Weltkrieg zusammenzubekommen. 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes! Hat bis jetzt noch niemand geschafft.

Ihr zählt in der Bundesregierung zu den zehn größten Schuldnern der EU. Das muss man sich einmal vorstellen. Wir haben eine Pro-Kopf-Verschuldung im Bund von 30.000 Euro und die stellen sich da her und sagen, wir machen Schuldenpolitik. Das ist ja unfassbar!

Das Zweite ist, wir haben das zweit teuerste Antiteuerungspaket, verzeiht mir, dass ich das so nenne, europaweit geschnürt, nach Luxemburg, Luxemburg hat noch mehr Kohle rausgehaut.

Fünzig Milliarden Euro hat die Bundesregierung ausgegeben, mangelnd wirksam und mangelnd wirtschaftlich. Das sagen mittlerweile alle, die damit zu tun haben.

Warum ist das nicht effektiv, nicht effizient? Weil Ihr vergessen habt oder nicht vergessen habt, ich weiß, Ihr tut das absichtlich nicht, Ihr greift nicht in die Preisgestaltung ein.

Zu dem kommen wir gleich, wie das andere Länder gemacht haben. Weil es macht ja überhaupt keinen Sinn, geliehenes Geld, Kollege Petschnig, in den Wirtschaftskreislauf zu pumpen.

Weil das ist nichts anderes wie geliehenes Geld, um gleichzeitig den Anbieter, den Handel, die Baustoffhersteller, et cetera, die dann völlig ungeniert das ausnutzen und eine Preissteigerung nach der anderen nehmen.

Wenn ich nicht gleichzeitig auf der anderen Seite preisgestaltend als Staat in diesen Markt hineingreife.

Was ist noch passiert? Wir haben eine Inflationsrate von 11,1 Prozent, unfassbar, eine der höchsten in Europa. Also das muss man einmal zusammenbringen, 2,7 Prozent über den EU-Durchschnitt.

Das muss man wirklich zusammenbringen, weil das heute schon einmal gefallen ist, das ist ja unglaublich.

Unser Finanzminister Brunner, wenn er nicht gerade mit dem Fahrrad oder mit dem Roller wohin fährt, sitzt er (*Abg. Wolfgang Spitzmüller: Geh, bitte!*) über dem Budget, der verdient, der Finanzminister zehn Milliarden mehr aufgrund der Inflation. Das heißt, der nimmt den Menschen das Geld weg. Also der hat Mehreinnahmen.

Wir haben auch Mehreinnahmen, so kann man es auch. Also in eine Tasche greift er hinein und gleichzeitig hat die gesamte Antiteuerungspolitik, die Ihr da aufgezählt habt, nur sechs Milliarden Euro gekostet.

Vier Milliarden sind für das Budget. Sensationell. Also nicht einmal so weit seid Ihr, dass Ihr die Mehreinnahmen, die der Bund durch die Inflation hat, wo die Menschen massivst darunter leiden, zurückgebt den Menschen.

Und die Umfragen, weil da heute schon von Umfragen die Rede war, die sprechen ja eh eine eindeutige Sprache. (*Abg. Ilse Benkö: Wie schaut es aus? Ist der Kickl vorne?*)

Nicht nur bei den Wahlen, auch bei den Umfragen hat es noch nie eine Regierung - oder selten eine Regierung, korrigiere das - gegeben, die so wenig Vertrauen zu Recht in der Bevölkerung hatte wie die ÖVP-GRÜNE Bundesregierung. Analyse. (*Beifall bei der SPÖ*)

Eure Politik: Die Reichen profitieren und die Armen oder die ökonomisch Schwachen und der Mittelstand verlieren. So ist es. Das ist Eure Politik. Ich werde es Euch vorrechnen.

Wir haben die Maßnahmen, auf die ich kurz eingehe. Strompreisbremse, okay, ist auf niedrigstem Niveau gelungen, sage ich, hätte man viel mehr machen können. Wärmepreis-, Gaspreisbremse fehlt komplett für Unternehmen, für Haushalte, da bringt Ihr nichts zusammen.

Okay, es wurden die Sozialleistungen indexiert. Das ist eine große Leistung, das sage ich auch dazu. Ist der Sozialdemokratie leider nicht gelungen, das ist ein großer Fehler der Sozialdemokratie gewesen, das nicht zu tun. Aber auch auf niedrigem Niveau.

Weil was ist Euch nicht gelungen? Es ist Euch nicht gelungen, das Arbeitslosengeld neu zu regeln, wo wir noch immer die zweitniedrigste Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes hinter Polen haben. Also das ist wirklich ein Mangel und auch nicht wirklich eine Glanzleistung.

Abschaffung der kalten Progression hilft den mittleren und hohen Einkommen. Also wir freuen uns alle. Den unteren Einkommen nutzt das gar nichts. (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Ein SPÖ-Vorschlag.*)

Einmalzahlungen verpuffen. Einmalzahlungen verpuffen, und jetzt hat das Institut „Momentum“ und auch andere Institute ausgerechnet, was Eure Antiteuerung, also 50 Milliarden Euro, wie die sozusagen bei der Bevölkerung ankommen.

Weil die merken ja nichts davon, völlig zurecht. Beim unteren Einkommensfünftel, Frau Kollegin Petrik, zum Nachlesen auch, schüttet Ihr pro Kopf 454 Euro aus, wenn man alles zusammennimmt.

Bei dem oberen Einkommensfünftel schüttet Ihr fast das Doppelte, nämlich 750 Euro aus. Also um 300 Euro mehr.

Also das ist völlig klar, wo GRÜN und Schwarz, da profitieren die Vermögenden, die Wohlhabenden und es verlieren die Menschen, die ohnedies schon wenig haben und die im Mittelstand nicht wissen, wie sie das tägliche Überleben sichern sollen.

Daher, das ist ja der Grund, warum wir das da alles machen müssen. Warum andere Bundesländer überlegen müssen, wie können wir diese Fehlentwicklung des Nichttuns, Handlungsunfähigkeit trifft Amtsunfähigkeit, Ihr bringt gar nichts mehr zusammen. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Haben ja gerade gesagt, wir bringen etwas zusammen.)*

Ich meine, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das Einzige, was Ihnen einfällt, ist die Altersteilzeit zu eliminieren, also wirklich eine sinnvolle Maßnahme wie man Menschen, die lange arbeiten noch länger in Beschäftigung hält. Das muss man einmal schaffen.

Und wie der Minister Kocher tickt, hat man eh gesehen. Das Einzige, was ihm einfällt, ist, Teilzeitkräfte zu verpflichten, dass die mehr Steuern zahlen. Die bestrafen zu wollen, trifft natürlich vorwiegend Frauen, die bestrafen, weil sie nur Teilzeit arbeiten können.

Also das ist der Geist Eurer Regierung. Gratuliere! *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wer hat es aufgehoben? - Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das stimmt ja gar nicht. Ganz klar dagegen.)*

Ihr schützt und stützt aber diese Regierung nach wie vor. Mit jedem Tag schützt Ihr und stützt Ihr diese Regierung. Wie gesagt, da wird nichts mehr zusammengebracht.

Auch noch einmal den Unterschied, wie man es machen könnte. Viel Geld hineinpumpen ins System ist das eine, ist nicht immer gut, wie wir wissen. Und das ist ja das Spannende, koste es, was es wolle, also wenn das jemals ein sozialdemokratischer Bundeskanzler oder -kanzlerin gesagt hätte, oder SPÖ-Finanzminister, ich möchte nicht wissen, was da los gewesen ist.

Also das Narrativ der ÖVP geht ja leider auf, die trommeln seit 40 Jahren, die Sozialdemokratie kann nicht wirtschaften, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist auch richtig. - Abg. Patrik Fazekas, BA: Das ist auch so. Das stimmt ja.)* die Freiheitlichen auch. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Ihr beweist ja immer dann, wenn Ihr in der Regierung seid, Grasser der Superstar, jetzt ich weiß nicht, wann er seine acht Jahre bald antritt. Der ist ja der mit dem „Nullbudget“ gewesen. Haben wir eh gesehen, was wir langfristig davon hatten. - Gar nichts.

Was hat Spanien gemacht, was Ihr nicht gemacht habt? Spanien hat übrigens die Hälfte der Inflation 5,5 Prozent, wenn ich es richtig im Kopf habe.

Spanien hat die Mieten eingefroren, nicht eingefroren, sie haben gesagt, nicht mehr wie zwei Prozent zu erhöhen.

Wo bleibt bitte Eure Mietpreisbremse? Bei der Justizministerin Zadić liegt das. Wisst Ihr, wie die Mieten gestiegen sind? Kollege Géza Molnár hat das gesagt, 8,6 Prozent.

Bis jetzt haben die Mieter noch gar nichts davon und Ihr regt Euch auf, dass das rückwirkend gemacht wird. Dass wir die Mietpreisbremse - das muss man im Kopf ... -

Schwarz und GRÜN kritisieren unseren Mietpreisdeckel. (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Was? - Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wir haben ihn überhaupt gar nicht kritisiert.*) Okay, dann nehme ich die GRÜNEN aus, ist ja kein Problem, bin ja sehr flexibel. (*Abg. Markus Ulram: Meinungsbildungsflexibel, das stimmt, ja. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*).

Und die ÖVP und Ihr bringt das gar nicht zusammen. (*Abg. Markus Ulram: Das stimmt auch nicht, aber bei uns nimmst Du es nicht zurück.*) Na, wo habt Ihr den Mietpreisdeckel? Unfassbar. Gaspreisdeckel, Wärmepreisdeckel - gibt es gar nichts.

Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, könnte man auch auf die Idee kommen, ist dort für ein halbes Jahr oder Jahr ausgesetzt worden und das verstehe ich nicht bei den GRÜNEN, also null Phantasie, null Phantasie.

Da dürfen die Pendler in dieser Zeit, in dieser Krisenzeit, auch Schüler und Studierende gratis mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Eine wesentliche Entlastung für die Menschen, die viel Geld für das aufwenden müssen, dass sie von A nach B kommen.

Warum passiert so was nicht? (*Zwischenruf des Abg. Wolfgang Spitzmüller*) Ja, das sehe ich eh. (*Abg. Doris Prohaska: CO2-Steuer.*)

Und das ist das Spannende - ich komme schon zum Schluss: (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Gott sei Dank.*) Die Superreichen wurden zur Kasse gebeten. Das passiert ja bei der ÖVP auch nicht. Ihr müsst Euch vorstellen, noch einmal, vom gesamten Steueraufkommen, das Österreich hat, zahlen 1,3 Prozent gegenüber den Vermögenssteuern.

Das ist ja Euer Grund, warum Ihr so mobilisiert für die ein Prozent oder ein, zwei Prozent Großgrundbesitzer, die viele Baugründe haben, die den jungen Familien die Gründe wegnehmen und die Preise erhöht werden. Die schützt Ihr. Für die ein und zwei Prozent seid Ihr da. Ist ja überhaupt kein Problem, wir schützen ja die anderen 98 Prozent und das wird man auch in Zukunft so machen. (*Beifall bei der SPÖ*)

1,3 des Gesamtsteuereinkommens, der Durchschnitt in der EU und da sind aber die wirtschaftsliberalen und kapitalistischen Länder miteingerechnet, wie Frankreich und Deutschland und so weiter, hat 5,6 Prozent vermögensbezogene Steuern.

Würden wir nur auf EU-Durchschnitt gehen, dass man jetzt die, die eh genug Kohle haben, besteuert, würden das pro Jahr zehn Milliarden Euro sein, auf die Ihr seit 20 Jahren verzichtet, weil Ihr die Anstandsdame der Reichen seid, wie wir in einem Chat erfahren haben.

Also insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es gut, dass die ÖVP und die GRÜNEN hier auf der Oppositionsbank sitzen, nicht da auf der Regierungsbank, da reißt es mich eigentlich jetzt gleich, wenn ich mir das bildhaft vorstelle, weil ich habe ja eine lebhaftere Phantasie, wenn hier Schwarz und GRÜN sitzen, gut, dass es nicht so ist, gut, dass da eine SPÖ-Regierung ist. Und ein Landeshauptmann, der die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Und jedes Mal, wenn Sie SPÖ-Alleinregierung sagen, und ich fordere Euch auf, das noch öfter zu sagen, fühlt sich da draußen im Burgenland jede zweite Wählerin und jeder zweite Wähler erinnert, der nämlich der Sozialdemokratie die Stimme gegeben hat, und ich schwöre Euch, das werden täglich mehr. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Beifall bei der SPÖ*)

Insofern werden wir diesen - von wem auch immer verfassten - Antrag der ÖVP nicht zustimmen und werden einen eigenen, einen Veränderungsantrag einbringen, der wie folgt lautet:

Ich glaube, darf ich auf das Verlesen verzichten, er ist eingegangen.

Präsidentin Verena Dunst: Die Beschlussformel bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ) (*fortsetzend*): Meine ich eh, ja. Wäre ich genau hingekommen. Ich halte mich an die Beschlussformel bitte.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die CO₂-Steuer abschaffen und somit die breite Bevölkerungsmasse entlasten.

Zweitens. Eine eindeutige Zweckwidmung für sozial gestaffelte Maßnahmen zur Abfederung der Energiekrise im Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom und im Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger zu verankern.

Drittens. Den Ländern die Einnahmen aus der Übergewinnsteuer der jeweiligen Landesenergieversorgungsunternehmen zweckgewidmet für die Abfederung der negativen Folgen der Energiekrise rückzuvorgüten und

Viertens. Letzter Punkt. Österreichweit eine Wärmepreisbremse am Vorbild des deutschen Modells einzuführen und die Finanzierung sicherzustellen.

Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Bitte den Abänderungsantrag. (*Abg. Mag. Dr. Roland Fürst übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag.*) Vielen Dank. Der Abänderungsantrag liegt vor und ist gehörig unterstützt. Natürlich werde ich ihn in die Verhandlungen mit einbeziehen.

Nunmehr darf ich dem Herrn Abgeordneten Fazekas, BA das Wort für eine weitere Wortmeldung geben.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Kollege Fürst! Ich finde es sehr witzig, dass Sie da vom Umgang mit Steuergeld philosophieren. Ich würde Ihnen einmal raten, sich anzuschauen, wie im Burgenland mit Steuergeld umgegangen wird.

Landesgesellschaften, die irgendwie wöchentlich aus dem Boden gestampft werden und Millionen verschlingen.

Personalaufnahmen ohne Ende.

Die Regierungsbüros platzen aus allen Nähten, umgerechnet pro Kopf haben wir die höchste Dichte im Bundesländervergleich an Regierungsbürosmitarbeitern österreichweit. Also der größte Regierungsapparat. Allein der Landeshauptmann hat, glaube ich, mehr Mitarbeiter im Büro als der Herr Bundeskanzler beziehungsweise EU-Kommissare.

PR Agenturen, die brav Öffentlichkeitsarbeit machen für die Regierung. Hochglanzbroschüren mit Kosten in Millionenhöhe, die da verschleudert werden. Und das bei einer Rekordverschuldung von 1,8 Milliarden Euro.

Meine geschätzten Damen und Herren! Was Sie sind, ist eines, nämlich die teuerste Landesregierung aller Zeiten und (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Die schlechteste.*) darauf können Sie nicht stolz sein. Und die schlechteste. (*Beifall bei der ÖVP*)

Der Kollege Hergovich hat heute bei seinen Ausführungen in der Aktuellen Stunde von politischer Reife gesprochen. Meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, vor allem die Redner, die sich heute zu Wort gemeldet haben, das, was Sie an den Tag gelegt haben, war unreifer, denn Sie tun eines und das tun Sie ständig, nämlich Unwahrheiten verbreiten.

Und das ist schäbig und unseriös, meine geschätzten Damen und Herren, was Sie hier tun. Ich möchte die Möglichkeit nutzen, einige dieser Unwahrheiten aus dem Weg zu räumen.

Tatsache ist, meine geschätzten Damen und Herren, was die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung anbelangt, dass diese mit dem Bundeskanzler Karl Nehammer an der Spitze für die größte Entlastungswelle der Zweiten Republik gesorgt hat.

Abschaffung der kalten Progression, mehr netto von brutto, damit gewährleistet, die Senkung der dritten Tarifstufe, die Valorisierung der Sozial- und Familienleistungen und vieles mehr. 37 Milliarden Euro bis 2024 an Entlastung, die hier möglich gemacht wurden.

Und der Ländervergleich, der macht es deutlich. Pro-Kopf-Entlastung bis 2024 in Österreich beträgt 4.147 Euro und in Deutschland, im Nachbarland, 3.511, meine geschätzten Damen und Herren. Die Volkspartei ist die einzige Partei in Österreich, die daran arbeitet, die Menschen zu entlasten. Wir übernehmen Verantwortung.

Und Sie, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, sind damit beschäftigt, sich in Flügelkämpfen zu verstricken und es weiß irgendwie niemand, wofür Sie eigentlich stehen, und hier im Burgenland, meine geschätzten Damen und Herren, sorgen Sie für Mogelpackungen, sorgen Sie für Showpolitik mit Maßnahmen, die unsozial und nicht treffsicher sind.

Statt die Gewinne der Burgenland Energie weiterzugeben, sorgen Sie für Geldverschwendung, Geldverschwendung für ein neues Erscheinungsbild, was mehrere Millionen Euro gekostet hat.

Heißt jetzt nicht mehr Energie Burgenland, sondern Burgenland Energie. Hohe Gagen, 360.000 Euro für die Vorstände jährlich. Fragwürdige Investments im Ausland, Privilegien für das Management und vieles mehr, meine geschätzten Damen und Herren.

Das ist die Realität, dafür werden die Gewinne verwendet, statt diese den Burgenländerinnen und Burgenländern zurückzugeben.

Was Sie auch tun? Sie etablieren sich oder haben sich etabliert zum Belastungsmeister in Österreich. Der GIS-Länderbeitrag ist verdoppelt worden. Steuer auf PV-Anlagen, Steuern auf Windkraftanlagen, im Bereich der Jagd eine Erhöhung der Abgabe, Tourismussteuer und, meine geschätzten Damen und Herren, die Baulandsteuer.

Und diese Dostkozil-Baulandsteuer ist ein drastischer und noch nie dagewesener Eingriff im Burgenland, meine geschätzten Damen und Herren. Diese Steuer ist ungerecht, diese Steuer ist nicht durchdacht und dient allein der Abkassiererei, und sie wird die Wirkung völlig verfehlen und Bauland - so wie Sie behaupten - keinen einzigen Cent billiger machen.

Denn, was wird passieren? Es wird genau das Gegenteil passieren, ich habe das schon mehrmals von dieser Stelle aus betont, ich tue es heute wieder.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer werden diese harte Pille schlucken, sie werden diese Baulandsteuer bezahlen, aber wenn sie dann das Grundstück verkaufen, werden sie diese Steuer auf den Verkaufspreis aufschlagen und das wird zu einer künstlichen Verteuerung der Grundstückspreise im Burgenland führen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Damit, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, wird Bauland im Burgenland nicht günstiger, nein, damit wird genau das Gegenteil eintreffen, nämlich, dass Bauland noch teurer wird und diese von Ihnen erdachte Mobilisierungswirkung wird nicht eintreten.

Das Einzige, was Sie damit erreichen, sind Mehreinnahmen für das Landesbudget. Man versteht es, bei einer Rekordverschuldung von 1,8 Milliarden Euro braucht man Geld, um Projekte, wie Landesflöten, Landesskier, Landesküchen, Landesbusse und vieles mehr, zu finanzieren.

Postenschacher und Freunderlwirtschaft seien nicht unerwähnt. Das, meine geschätzten Damen und Herren, ist die Realität, eine skrupellose Abzocke, die Sie hier betreiben und die Burgenländerinnen und Burgenländer müssen diese Politik bezahlen.

Sie, als SPÖ, haben sich aber nicht nur verzockt, man spürt den Unmut innerhalb der Bevölkerung. Der ist sehr groß, der politische Widerstand ist auch sehr groß. Rund 17.000 Burgenländerinnen und Burgenländer haben den Baulandsteuerrechner, den wir unter <https://www.baulandsteuer.at/> veröffentlicht haben, bereits genutzt und das zeigt, dass die Betroffenheit offensichtlich weitaus höher ist, als die SPÖ zugeben möchte.

Ich bin davon überzeugt, dass am Ende des Tages jeder im Burgenland jemanden kennen wird, *(Abg. Johann Tschürtz: Das kennen wir! - Zwiesgespräche und Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* der diese Baulandsteuer zahlen wird müssen, meine geschätzten Damen und Herren.

Deswegen muss diese Doskozil-Baulandsteuer fallen. Wir werden nicht lockerlassen. Wir hätten Ihnen heute die Möglichkeit gegeben, die Chance gegeben, dieses Abzocke-Gesetz zu korrigieren und die Doskozil-Baulandsteuer abzuschaffen.

Sie nutzen diese Möglichkeit nicht. Aber, ich verspreche Ihnen von dieser Stelle aus, dass wir uns weiterhin mit allen Mitteln gegen diese Doskozil-Baulandsteuer einsetzen werden, gegen Eingriffe auf Grund und Boden stemmen werden, denn diese Doskozil-Baulandsteuer muss fallen.

Meine geschätzten Damen und Herren, was man heute in der Debatte sieht, der Unterschied zeigt sich sehr deutlich. Die Volkspartei steht für eine reale Entlastung, die auf Bundesebene auch ermöglicht wurde. Die größte Entlastung innerhalb der Zweiten Republik.

Die SPÖ im Burgenland steht für unverfrorene Belastung mit Abzocke. Unter anderem der Doskozil-Baulandsteuer, die die Burgenländerinnen und Burgenländer hart treffen muss. Ich bin überzeugt, dass mittlerweile die Burgenländerinnen und Burgenländer diese falsche Politik durchschaut haben und sehen, dass diese rote Absolute dem Burgenland nicht guttut. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen jetzt zur weiteren Behandlung. Zu diesem Punkt liegt nunmehr von den Abgeordneten, Klubobmann Ulram, Kolleginnen und Kollegen ein Antrag auf getrennte Abstimmung vor. Nach § 70 Abs. 6 GeOLT. Ich werde daher so vorgehen, dass ich diese getrennte Abstimmung jetzt durchführe. Und

zwar lautet der Antrag auf fünf einzelne Punkte und daher glaube ich, wird gut sein, wenn wir uns alle sehr konzentrieren auf diese getrennte Abstimmung mit fünf Punkten.

Ich darf daher in dieses Verlangen eingehen:

Das genaue Abstimmungsansinnen lautet wie folgt:

Erster Punkt der Abstimmung:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zum burgenländischen Wärmepreisdeckel.

Wer jetzt mit diesem Punkt Nummer eins einverstanden ist, der möge sich vom Platz erheben. -

Das ist die Mehrheit. Damit ist der Punkt eins angenommen.

Ich komme nun zum zweiten Abstimmungspunkt:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die CO₂-Steuer abschaffen und somit die breite Bevölkerungsmasse entlasten.

Wer diesem Punkt zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. -

Mehrheitlich angenommen.

Dritter Punkt der Abstimmung:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge eine eindeutige Zweckwidmung für sozial gestaffelte Maßnahmen zur Abfederung der Energiekrise im Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom und im Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger verankern.

Wer diesem Teil, diesem dritten Abstimmungsteil zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. -

Dieser dritte Abstimmungsteil ist mehrheitlich angenommen.

Ich komme somit zum vierten Teil der Abstimmung:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge den Ländern die Einnahmen aus der Übergewinnsteuer der jeweiligen Landesenergieversorgungsunternehmen zweckgewidmet für die Abfederung der negativen Folgen der Energiekrise rückzuvergüten.

Wer dem zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. -

Dieser vierte Punkt wurde mehrheitlich angenommen.

Ich komme zum fünften Punkt der Abstimmung:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge österreichweit eine Wärmepreisbremse am Vorbild des deutschen Modells einführen und die Finanzierung sicherstellen.

Wer diesem fünften Punkt zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. -

Fünfter Punkt der Abstimmung ist damit auch mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist der Punkt der Dringlichkeit beendet und damit die Tagesordnung erledigt.

Ich darf nur noch hinweisen, meine Damen und Herren, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden schriftlich rechtzeitig bekannt gegeben. Sie wissen, dass die nächste Sitzung für den nächsten Donnerstag, 2. März 2023, vorgesehen ist.

Eine Bitte an die Mitglieder der Präsidialkonferenz: Ich würde Sie ersuchen, zu mir in das Büro zu kommen, damit wir dort die Präsidialkonferenz durchführen können, weil danach gleich die Ausschüsse, wir machen gleich einen Zeitpunkt aus, stattfinden werden.

Es ist 13 Uhr 21 Minuten. Ich ersuche die Obmänner, die Arbeit dann anzutreten um 13.45 Uhr, damit wir die Ausschüsse durchführen können. Damit hier inzwischen gearbeitet werden kann, würde ich die Präsidialkonferenzmitglieder in mein Büro bitten.

Damit ist, wie ich schon gesagt habe, die Tagesordnung erledigt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 13 Uhr 22 Minuten